

#VoteVolt

Spannung für Hessen

Die Herausforderungen unserer Zeit kennen keine Grenzen. Deshalb brauchen wir eine neue Politik für ein neues Europa, ein starkes Deutschland und einen Neustart in Hessen.

Warum Volt?

Volt ist als einzige Partei **paneuropäisch** organisiert. Das heißt, wir sind in ganz Europa mit dem gleichen Grundsatzprogramm aktiv.

Volt wurde 2017 gegründet als Antwort auf die zunehmend nationalistischen Entwicklungen in der Politik und ist seit 2019 im Europaparlament vertreten.

Volt versteht sich als Partei und Bewegung und arbeitet nicht nur durch gewählte Mandatsträger*innen, sondern auch mittels Aktionen, Demos und Kampagnen an der Weiterentwicklung der Politik mit.

Volt steht für neue Energie in Politik und Gesellschaft. Wir wollen die Politik und die Welt, in der wir leben, verbessern, indem wir mit unserer **progressiven** und **pragmatischen** Perspektive Probleme lösen. Wir verzichten darauf, uns im Vorhinein im politischen Spektrum einzuordnen und begründen unsere Positionen stattdessen auf unseren grundsätzlichen Werten und Herangehensweisen, um von Einzelfall zu Einzelfall eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Bisherige Erfolge

In den letzten zwei Jahren konnten wir in ganz Hessen durch unsere pragmatische und Bürger*innen nahe Art, Stimmen in Kommunalwahlen gewinnen. Insgesamt haben wir 30 KommunalpolitikerInnen in Hessen aktiv und sind in Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt an der Regierung beteiligt.

Was Volt erreichen will!

Wir möchten unseren Beitrag leisten, um die Lebenssituation für die gesamte Bevölkerung zum Besseren zu verändern. Hessen ist ein einzigartiges Bundesland in der Mitte Europas. In Hessen steckt viel Potential und es liegt uns am Herzen, die richtigen Themen anzustoßen, das Potenzial zu nutzen, um eine lebenswerte Zukunft für Hessen und damit auch für Europa aktiv mitzugestalten.

Unser Weg dorthin

Pragmatisch: Wir wollen Politik auf einer sachbezogenen und lösungsorientierten Ebene führen. Beispielsweise sollen sinnvolle Vorschläge nicht ungehört bleiben, nur weil sie aus einer anderen Partei kommen. Wir legen Wert darauf, möglichst differenziert, faktenbasiert und wissenschaftlich zu arbeiten. Des Weiteren spiegelt sich unsere pragmatische Herangehensweise im „Best Practice“-Ansatz wider, bei dem wir stets prüfen, ob wir erfolgreiche Lösungen von anderen Regionen auf die eigene Situation übertragen können, um effizient Probleme zu lösen.

Progressiv: Die Welt entwickelt sich in rasanter Geschwindigkeit sowohl im Hinblick auf die Bevölkerung, der Häufigkeit von Krisen aber auch auf die Entwicklung der Technologie. Bei diesen rasanten Entwicklungen ist in der Politik eine hohe Fortschrittlichkeit essentiell, um für einen nachhaltigen und positiven Umgang mit neuen Problemen und Herausforderungen zu sorgen. Es gilt, mit den Veränderungen zu arbeiten und unsere Zukunft auf diese Weise proaktiv zu gestalten.

Warum Europa?

Die internationale und interkulturelle Vielfalt Europas verstehen wir als Stärke. Genau diese verkörpern wir als paneuropäische Organisation, die grenzübergreifend in ganz Europa lebt und überall dieselben Grundsätze vertritt. In

unserer modernen Gesellschaft machen Probleme und Herausforderungen nicht an den Grenzen von Nationalstaaten Halt: Dementsprechend braucht es überregionale Kooperation, um gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. Als wichtige Bestandteile Europas spielen Kommunen und Regionen - wie auch Hessen - eine Schlüsselrolle bei einer nachhaltigen Politik in und für Europa. Hessen kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und Vorbild im Klimaschutz oder im Thema Gleichberechtigung werden.

Volt wählen? Lohnt sich das?

Warum es sich lohnt, uns deine Zweitstimme zu geben, kannst du im folgenden Wahlprogramm nachlesen.

Darüber hinaus kannst du auch unsere Direktkandidierende unterstützen. Warum?

Viele Parteien vertreten ihre Ideologie und sind einerseits prozentual im Landtag vertreten, andererseits durch Direktkandidierende. Dabei soll die 5% Hürde dafür sorgen, dass nicht zu viele dieser Ideologien, die sich häufig gegenseitig ausschließen, vertreten sind.

Volt verschreibt sich dem Pragmatismus und einer an die wissenschaftliche Forschung angelehnte Vorgehensweise. Damit sind unsere Direktkandidierende in der Lage, zwischen Ideologien zu vermitteln und die Lösungsfindung zu moderieren.

Neben der wissenschaftlichen Orientierung stellen die Direktkandidierende von Volt Repräsentant*innen der Bürger*innen dar und handeln in deren Interesse. Dabei stellt ein steter Dialog mit der Bevölkerung in all ihren diversen Facetten und ihrer Beteiligung an politischen Prozessen ein Werkzeug dar, um dauerhaft im Interesse aller Menschen zu handeln und deren wertvolle Ideen in die Politik einfließen zu lassen.

Durch die pragmatische, ideologiefreie und menschenzentrierte Arbeitsweise sorgen die Direktkandidierende von Volt dafür, dass Entscheidungsprozesse in der Politik endlich die Geschwindigkeit erreichen, die wir für die Zukunft brauchen.

Programm-Inhalt

Neustart Bildung	7
Kapitelintro	7
Bildungsstruktur	7
Lehrmittel und Vermittlungsarten	11
Lehrinhalte	13
Ausbildung neu denken	14
Klimaschutz und klimaschützende Wirtschaft	16
Kapitelintro	16
Energiewende	17
Umwelt-und Hochwasserschutz	20
Klimaschützende Wirtschaft	21
Mobilität	23
Selbstbestimmte Digitalisierung	26
Kapitelintro	26
Digitale Verwaltung	27
Open Source Software	29
Bürgerrechte	30
EINE Gesellschaft	32
Kapitelintro	32
Transparenz & Beteiligung	34
Innere Sicherheit	39
Durchsetzung der Chancengleichheit und des gleichberechtigten Umgangs	43
Positive und integrative Asyl- und Migrationspolitik	46
Kultur und Ehrenamt	48
Bauen & Wohnen	50
Gesundheit	55
Europa	61
Kapitelintro	61
Europäisch denken, lokal handeln	62
Europapolitik für die Region Hessen	63
Politik für Europa	65

Unsere fünf Kernthemen

Volt stützt sich Europaweit und in der Landtagswahl für Hessen auf fünf Kernthemen:

1. Europäische Republik
2. Selbstbestimmte Digitalisierung
3. Klimaschützende Wirtschaft
4. Neustart Bildung
5. EINE Gesellschaft

Die Grundlage und den besten Return on Invest bezüglich der drängendsten Themen wie die sinkende Wirtschaftsleistung aufgrund von Fachkräftemangel und fehlender Digitalisierung bietet der Bereich Bildung. Da wir hier den größten Handlungsbedarf sehen, legen wir unseren Schwerpunkt auf den **Neustart Bildung**.

Eng verbunden mit dem Thema der wirtschaftlichen Stärke ist das Thema Klima. Wie kann Klimaschutz in Verbindung mit einer **klimaschützenden Wirtschaft** gelingen, ist unsere Leitfrage. Dazu gehören die Themen Energie, Bauen und Wohnen sowie Mobilität.

Als verbindende Themen von Bildung über Bauen, Mobilität bis Wohnen wollen wir seine **selbstbestimmte Digitalisierung** in Hessen voranbringen und bei allen Themen die soziale Verträglichkeit mitdenken.

Dabei wollen wir durch mehr Transparenz, Beteiligung und Förderung einer offenen Gesellschaft den Weg einschlagen, wieder zu **EINER Gesellschaft** zurückzukehren.

Als paneuropäische Partei ist uns die stärkere Vernetzung zwischen europäischer und Landespolitik ein Anliegen. Daher schließt das Wahlprogramm mit Forderungen für die Förderung einer **europäischen Republik**.

Finanzierbar.

Pragmatische Politik muss finanzierbar sein. Wir unterscheiden unsere Forderungen daher zwischen folgenden Kategorien:

- (weitgehend) **kostenneutral** - Die Forderung oder Maßnahme lässt sich ohne nennenswerten Mitteleinsatz umsetzen.
- **Effizienzgewinne** - Umsetzung durch Einsparungen an anderer Stelle oder durch effizientere Prozesse und Technologien
- Finanzierung durch Erhebung von **Abgaben**, bspw. nach dem Verursacherprinzip bei Umweltschäden

Diese stellen eine erste Indikation einer langfristigen Finanzierung dar, werden jedoch zu gegebener Zeit ideologiefrei hinsichtlich der realistischen Umsetzungsoptionen geprüft.

Volt ist für eine weitere krisenbedingte temporäre Aussetzung der Schuldenbremse, um in die notwendige Transformation hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Gesellschaft zu investieren. Fehlende Investitionen in Bildung, Klima und nachhaltige Wirtschaft stellen eine höhere Belastung und verursachen höhere Kosten für kommende Generationen dar als Schulden.

Neustart Bildung

Kapitelintro

Das derzeitige Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule und auch in der **Ausbildung** stößt an seine Grenzen. Die Leistungen nehmen in verschiedenen internationalen Vergleichen seit einigen Jahren ab. Ebenso zeigen sich zunehmend die Folgen der Belastungen im Bildungssystem in Form von psychischen Erkrankungen bei Lehrenden und Lernenden.

Die Ursachen hierfür liegen sowohl in der **Bildungsstruktur**, bei den **Lehrmitteln-** und **Vermittlungsarten**, aber auch in den vermittelten **Inhalten**.

Volt möchte dieses System nicht länger unterstützen und setzt sich für einen **Neustart der Bildung** und eine Steigerung der Attraktivität durch eine Reform der Ausbildung ein.

Dabei muss das oberste Ziel verfolgt werden, gleiche Bildungschancen für alle zu bieten, um der wachsenden sozialen Ungleichheit vorzubeugen und zu begegnen.

Bildungsstruktur

Wir fordern eine Bundesbildungskommission.

Konkret: Hessen soll sich für die Gründung einer Bundesbildungskommission einsetzen, welche mit Forscher*innen, Psycholog*innen und Vertreter*innen von Bund und Ländern besetzt wird. Diese soll die Kultusministerkonferenz ersetzen und als Steuergremium bildungspolitische Reformen bundesländerübergreifend initiieren. Die Länder behalten dabei ihre gesetzgebenden Kompetenzen, da alle Beschlüsse der Kommission von Landesparlamenten in Landesgesetzen realisiert werden müssen.

Begründung: Diese Kommission ermöglicht es, bildungswissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik zu überführen und die Bildungsqualität in Deutschland insgesamt vergleichbar zu machen.

Volt fördert nicht selektive Schulformen nach der Grundschule (Sek.I), bei Einführung einer ganztägigen Betreuung.

Konkret: Wir setzen uns für eine Schulform ein, an der alle Schüler*innen gemeinsam ganztägig lernen. Diese hat im Vergleich zu den heutigen Schulformen, die Kinder nach ihrem Leistungsstand im Grundschulalter einstufen, einige Vorteile.

Begründung: Die Selektion von Kindern in deren schulischer Entwicklung wirkt sich sowohl auf ihre Bildungschancen als auch auf die gesamte Biografie aus. Ein Wechsel zwischen den Schulformen in der Sekundarstufe II ist aktuell nur sehr schwierig möglich. Vielen Schüler*innen werden durch die Selektion Entwicklungschancen verwehrt und bestehende soziale Ungleichheiten werden dadurch verstärkt. Das gemeinsame, ganztägige Lernen bringt im Gegensatz dazu viel Entwicklungspotenzial für alle, auch im sozialen und gesellschaftlichen Bereich.

Wir wollen Lehrer*innenausbildung reformieren.

Konkret: Wir möchten deshalb das Lehramtsstudium reformieren und damit beginnen, dass das Studium dual und damit praktischer ausgelegt wird. Außerdem möchten wir auf lange Sicht die Abschlussformen aller Lehramtsstudiengänge angleichen und auf das Bachelor-/Mastersystem umstellen.

Begründung: Einige der didaktischen Inhalte und Konzepte lassen sich schneller und eindrücklicher in der Praxis erfahren. Außerdem ist ein wichtiger Bestandteil einer Lehrerpersönlichkeit ihre Wirkung auf die Kinder. Dies lässt sich am Besten durch sinnvoll angeleitete Praktika verwirklichen.

Die Angleichung der Abschlussform stellt vor allem auch im internationalen Raum eine Notwendigkeit dar. Gleichzeitig fiele aber auch der Wechsel zwischen schulischen und außerschulischen Studiengängen leichter, da eine bessere

Vergleichbarkeit erreicht wäre.

Volt fordert die Überprüfung “fachfremder” Aufgaben und die Einführung von multiprofessionellen Teams.

Konkret: Volt fordert, dass an allen Bildungseinrichtungen eine Entlastung der Lehrkräfte und Erzieher*innen von fachfremden Aufgaben überprüft wird. Zusätzlich sollte der Einsatz anderer Berufsgruppen, genauso wie eine strukturelle Anpassung oder Ergänzung durch digitale Angebote, in Betracht gezogen werden. Auch die Besetzung der Leitungsposition durch andere Berufsgruppen muss mitbetrachtet werden.

Begründung: Um Lehrkräfte und Erzieher*innen zu entlasten, sollen diese sich auf ihre eigentliche pädagogische Arbeit konzentrieren können. Dazu wollen wir sie von möglichst vielen zusätzlichen Aufgaben entlasten, indem wir Fachkräfte z.B. für Systemadministration, Schulpsychologie und Verwaltung einstellen. Zusätzlich kann die Abkehr vom frontal-analogen Unterricht in Klassenform genutzt werden, um die pädagogische Arbeit gezielter einzusetzen.

Wir wollen die Kindertagespflege und -betreuung langfristig kostenlos anbieten.

Konkret: Kinderbetreuung, Kindertagespflege und insbesondere das letzte KiTa Jahr stellt eine wichtige Schnittstelle zwischen Vorschulzeit und Schulzeit dar. Dieser Übergang soll durch ein verpflichtendes, ganztägiges, aber kostenloses Jahr ermöglicht werden. Auf lange Frist möchte Volt erreichen, dass KiTa-Plätze für alle Altersgruppen ganztags grundsätzlich kostenlos werden, ohne dabei die Qualität zu beeinträchtigen oder die Fachkräfte zu überlasten.

Begründung: Viele Kinder, vor allem aus geflüchteten oder bildungsfernen Familien, besuchen bis zum Schulbeginn keine KiTa und verpassen somit den sozialen Anschluss sowie die Chance, notwendige Sprachkenntnisse zu erwerben. Um diesem Problem entgegenzuwirken, möchten wir das letzte KiTa Jahr öffnen. Des Weiteren

ist nicht bezahlbare oder nicht vorhandene Kinderbetreuung/-tagespflege einer der wesentlichen Gründe für den Gender-Pay-Gap, weil überwiegend Frauen deshalb Zuhause bleiben müssen und keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben können.

Wir wollen eine gesunde, weitestgehend kostenlose und klimafreundliche Mittagsverpflegung für alle Kinder an allen Bildungseinrichtungen.

Konkret: Jedes Kind sollte aus unserer Sicht Zugang zu gesunder, zuckerarmer und ausgewogener Ernährung haben. Daher wollen wir an allen Bildungseinrichtungen von der KiTa bis zur weiterführenden Schule eine weitestgehend kostenlose Mittagsverpflegung mit Schwerpunkt auf regionaler, saisonaler und fleischarmer Küche sicherstellen.

Begründung: Aus unserer Sicht hat jedes Kind ein Recht auf gesunde und nachhaltige Ernährung. Diese stellt für uns zusätzlich zu einem guten Bildungsangebot einen zentralen Aspekt für optimale Entwicklungschancen dar.

Volt stellt sich gegen die Ausstellung von mehrfach befristeten Arbeitsverhältnissen an Hochschulen.

Konkret: Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss überarbeitet und konkretisiert werden. Mehrfach ohne absehbares Ende aufeinanderfolgende Befristungen sollen nicht mehr ermöglicht werden, und eine Leistungserbringung über die vereinbarte Stundenzahl muss überprüft und vergütet werden. Spätestens nach zweiter Befristung muss ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden.

Begründung: Um in Wissenschaft und Forschung die besten Kräfte halten zu können, braucht es sichere, verlässliche und faire Arbeitsbedingungen. Sowohl Promotionen unter Zeitdruck, als auch Ungewissheit für die wissenschaftlichen Mitarbeitenden bzgl. deren Bindung an befristete Projekte führt dazu, dass diese in die freie Wirtschaft abwandern.

Lehrmittel und Vermittlungsarten

Wir wollen eine umfassende und sinnvolle Digitalisierung im Bildungssystem umsetzen.

Konkret: Das Bildungssystem muss sich an die Lebenswelt der Schüler*innen anpassen. Das bedeutet, dass schulform- und fächerübergreifend mit aktuellen Medien und Geräten gearbeitet werden muss. Dazu müssen die Infrastruktur und die Qualifikation der Lehrkräfte angepasst werden. Genauso braucht es angepasste Curricula mit neuen Inhalten und Fähigkeiten, die vermittelt werden, aber auch eine neue Art der Überprüfung des Wissens und der Fähigkeiten. Die Schulleitung als Schlüsselrolle muss dabei unterstützt werden, in einem möglichst großen Handlungsspielraum dennoch zu einer einheitlich hohen Qualität zu gelangen.

Begründung: Die neueste Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz zeigt, dass Wissen, wie es aktuell vermittelt wird, auf Dauer keine zukunftsfähigen Generationen schafft. Faktenwissen wird in Zeiten immer schneller werdender Computer immer weniger Wert. Was dafür immer wichtiger wird, ist es, den sicheren und gesunden Umgang mit neuen Technologien, die Grundlagen des Programmierens aber auch Wissensmanagement zu erlernen.

Volt fordert die Lernmittelfreiheit für digitales Lernen.

Konkret: Auch die 1:1 Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten soll in die Lernmittelfreiheit mit aufgenommen und somit vom Land finanziert werden.

Begründung: Die 1:1 Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten ist Voraussetzung für die flächendeckende Einführung des digitalen Lernens. Als solche darf die Finanzierung der Geräte keine Aufgabe der Familien sein.

Wir wollen die Nutzung und den Ausbau von offenen Lehrinhalten (OER, open education resources) vorantreiben.

Konkret: Wir möchten sicherstellen, dass Initiativen & Lösungen wie ZUM (Zentrale für Unterrichtsmedien) oder Elixier (Suchmaschine für Bildungsmedien) Lehrenden nicht nur bekannt sind, sondern diese entsprechend durch mehr Inhalte und Zuarbeit gefördert werden.

Ferner soll das Kultusministerium eine Übersicht und Zugänge zu einer OER basierten, digitalen Zusammenarbeit von Lehrenden in Hessen initiieren und koordinieren.

Begründung: Trotz Digitalisierung beherrschen drei große Verlage den deutschen Schulbuch-Markt wie auch die Digitalisierung desselben. Daher wurde so lange wie möglich das PDF als eine Digitalisierung verkauft. Inhalte können oft nicht von Lehrenden untereinander geteilt und genutzt werden, da Nutzungslizenzen dies untersagen oder erschweren.

OER bietet den Lehrenden viele neue Möglichkeiten des Teilens, gegenseitigen Unterstützens und der Verbreitung von neuen Ideen und Ansätzen.

Volt fordert mehr staatliche Unterstützung beim lebenslangen Lernen und beruflicher Mobilität.

Konkret: Volt setzt sich dafür ein, das lebenslange Lernen gerade für die berufliche Mobilität mehr zu fördern. Dabei könnten Beratungsleistungen der zuständigen Ämter oder Förderstrukturen eine Rolle spielen.

Begründung: Allen Menschen muss unabhängig von ihren unmittelbar nach dem Schulabschluss getroffenen Entscheidungen und ihrem Alter gleiche Chancen geboten werden. Der ständigen Weiterbildung im digitalen Bereich ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Unser Leben wird zunehmend schnelllebiger und komplexer. Lebenslanges Lernen soll als Gegenmaßnahme dienen, um sozialverträgliche und wirtschaftlich zukunftssichere persönliche und berufliche Weiterentwicklung zu gewährleisten.

Lehrinhalte

Wir wollen lebensnahes Lernen stärker in den Unterricht einbinden.

Konkret: Volt fordert, dass im hessischen Lehrplan mehr lebensnahes Lernen integriert wird. Dazu gehört, dass sich Schüler*innen insbesondere durch fächerübergreifende projektorientierte Arbeit mehr mit Themen wie Finanzen, Kommunikation, Selbstentwicklung und der Entstehung von Prozessen, statt der Prozessanwendung beschäftigen.

Begründung: Die Anwendung von Prozessen wird in Zukunft immer mehr die Aufgabe von Computern sein. Kompetenzen wie Prozessentwicklung und Selbstentwicklung werden in einer dynamischen Gesellschaft immer wichtiger. Statt statisches Wissen auswendig zu lernen, ist es heute für Kinder und Jugendliche daher viel notwendiger zu erlernen, wie man sich effektiv Wissen aneignet und Verständnis für Sachverhalte entwickelt.

Wir fordern durch die Einführung von aula das Demokratiebewusstsein und das Thema Medienkompetenz fächerübergreifend zu fördern.

Konkret: Die Vielfalt der Medienauswahl sowie deren Nutzung ist in der heutigen Zeit diverser denn je. Der sinnhafte und effiziente Umgang mit diesen ist nicht nur für den Alltag relevant, sondern auch für die demokratische Teilhabe. Deshalb möchte Volt diese beiden Kompetenzen verbinden. Gleichzeitig sollen demokratische Prozesse noch mehr thematisiert und fächerübergreifend durch Gremien und Projekte, wie Schüler*innenvertretungen, Schüler*innenräte und Schüler*innenhaushalte, sowie die Förderung von Jugendparlamenten angewandt werden. Dafür soll das Beteiligungskonzept aula an allen hessischen Schulen eingeführt werden.

Begründung: Unsere Demokratie und unser Staat können nur gut funktionieren, wenn wir als Bürger*innen die Systeme kennen und verstehen. Daher ist es wichtig, dass Lernende früh und intensiv in diesen Bereichen ausgebildet werden, um später ihre Rechte wahrnehmen zu können.

Dazu gehören auch ein Verständnis für Medien, um sich nicht manipulieren zu lassen bzw. Manipulationen begreifen und erkennen zu lernen.

Wir von Volt möchten erreichen, dass Kinder und Jugendliche ein tiefes Verständnis für den Umgang mit Quellen und die Notwendigkeit von breiten Quellen-Kenntnissen verstehen, um sich in Zeiten der digitalisierten Informationsangebote eigene Meinungen bilden zu können und möglichst belastbare Fakten recherchieren zu können.

Ausbildung neu denken

Volt fordert, Ausbildungsberufe durch flexible und digitale Angebote attraktiver zu machen.

Konkret: Volt fordert als Ergänzung zur Dezentralisierung von Berufsbildenden Schulen eine verstärkte Digitalisierung. Die Kombination aus beruflicher und schulischer Ausbildung muss in den Lebensalltag leichter integrierbar sein, vor allem in ländlichen Regionen.

Begründung: Die Belastung der angehenden Fachkräfte wird durch teilweise lange Pendelstrecken zwischen Wohnort, Schule und Ausbildungsbetrieb erschwert. Ausbildungsbetriebe, die auf die Auszubildenden auch an den Schultagen angewiesen sind, können das auf Grund der Pendelstrecken nicht realisieren. Durch eine größere Autonomie in der Vermittlung von Lerninhalten und theoretischem Unterricht in digitaler Form könnte hier Abhilfe geschaffen werden. Ebenso könnte das die Attraktivität auch für Personen erhöhen, die bereits Familie haben und dennoch eine Ausbildung machen wollen.

Wir wollen die Gebühr für die Meister*innenausbildung ins Verhältnis zu kostenlosen Studienangeboten setzen.

Konkret: Die Kosten einer Meister*innenausbildung müssen vergleichbar mit denen eines Masterabschlusses sein.

Begründung: Die hohen Kosten der Weiterbildung in Handwerksberufen mindern die Qualität in den handwerklichen Branchen. Mit dieser Forderung möchte Volt das Handwerk und Ausbildungsberufe generell stärken und wieder attraktiver gestalten.

Klimaschutz und klimaschützende Wirtschaft

Kapitelintro

Die Bekämpfung des Klimawandels hat höchste Priorität. Laut Hessens Klimaplan soll eine Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden. Die Maßnahmen, die dafür notwendig sind, müssen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) basieren und immer auf ihre soziale Gerechtigkeit überprüft werden. Volt ist davon überzeugt, dass die entsprechenden Entscheidungen ressortübergreifend getroffen werden müssen und sowohl soziale als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden müssen. Die in allen Bereichen notwendige Transformation Hessens ist kein Hindernis, sondern eine große Chance für die Region und Europa und sichert den Wirtschafts- und Industriestandort Hessen.

Teil dieser Transformation ist die **Energiewende**, einerseits durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energiequellen, andererseits durch den Ausbau von Speichermöglichkeiten, genauso wie die Erschließung von Infrastruktur für Geothermie und Wärmenetze.

Den **Umweltschutz** wollen wir durch die Renaturierung von Gewässern und Mooren vorantreiben. Und wir möchten Maßnahmen zum Hochwasser- und Gewässerschutz ergreifen.

In der **Wirtschaft** wollen wir zunehmend Kreislaufstrukturen etablieren und die Landwirtschaft soll durch neue Methoden umweltfreundlicher und effizienter werden.

In der **Verkehrswende** sehen wir eine Herausforderung, aber auch Chancen. Mobilität ist ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen und muss für alle zugänglich, sicher, nachhaltig und bezahlbar sein.

Ein gut organisiertes öffentliches Mobilitätsangebot leistet einen großen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz.

Das hessische Verkehrsministerium muss hierbei eine koordinierende Rolle einnehmen.

Energiewende

Wir wollen einen Nachhaltigkeitsfond einrichten, um Hessen entschlossen klimaneutral zu gestalten.

Konkret: Volt will einen Sonderfond "Erneuerbare Energien" einrichten. Dieser soll Großprojekte zur Energiewende, Forschung & Entwicklung sowie den Aufbau von Fertigungskapazitäten fördern. Auch nachhaltige Start-Ups und Investitionen von Unternehmen in nachhaltige Geschäftsmodelle sollen finanziell unterstützt werden.

Begründung: Um den Industriestandort und die Energiesicherheit in Hessen langfristig zu sichern, soll durch den Fond ein klarer Fahrplan für Hessen festgelegt werden, der langfristige Planungssicherheit für Investitionen bietet.

Best-Practice: In Österreich wurde seit 2007 ein Förderbudget von 2,4 Mrd. € für ca. 300.000 Projekte mit der heimischen Wirtschaft ausgegeben. Diese hatten wiederum Investitionen der Wirtschaft in 6-facher Höhe zur Folge.

Volt will Projekte zu Erneuerbaren Energien von Genossenschaften und Kommunen fördern.

Konkret: Volt will Investitionen in erneuerbare Energien im kommunalen und genossenschaftlichen Rahmen fördern und damit die Beteiligung der Bürger*innen an diesen Projekten.

Begründung: Lokale Projekte sind essentiell für die Energiewende. Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen erhöhen sowohl den Wohlstand als auch die Akzeptanz vor Ort. Ohne viele lokale Projekte wird die Energiewende in Hessen nicht gelingen.

Wir wollen den Ausbau der Windkraft stark beschleunigen.

Konkret: Volt will Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in ausgewiesenen Vorranggebiete beschleunigen.

Begründung: Hessen hat die Vorgabe des Bundes, 1,8% der Landesfläche bis 2027 als Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen, bereits erfüllt. Der tatsächliche Ausbau von Windkraftanlagen wird aber noch maßgeblich durch zu lange Genehmigungsverfahren verzögert.

Wir wollen große Parkplätze mit Photovoltaik oder umweltfreundlicher Begrünung überdachen.

Konkret: Wir wollen sowohl für neue als auch für bestehende Parkplätze ab 35 Stellplätzen die Nutzung dieser Flächen entweder für Solarenergie oder Begrünung vorschreiben. Dadurch tragen diese wahlweise zur Energiegewinnung oder zu Biodiversität sowie Stadtbild und -klima bei.

Begründung: In Hessen gibt es ein enormes Ausbaupotenzial bei bereits versiegelten Flächen in Form von Parkplätzen. Im hessischen Energiegesetz vom November 2022 ist eine Solarpflicht nur für neue Parkplätze vorgesehen. Volt fordert auch bei alten Parkplätzen mit einer Übergangsfrist nach französischem Vorbild (3 bzw. 5 Jahre) eine solche Pflicht einzuführen.

Volt fordert den Ausbau von Stromspeichern und die sinnvolle Kombination von lokalen und zentralen Speicherlösungen.

Konkret: Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für lokale Speicher im mittleren Maßstab schaffen und diese technologieoffen fördern. Bei

Neubaugelieten und Industriegeleieten sollen entsprechende Speicherlösungen grundsätzlich immer vorgesehen werden. Lokale Speicherlösungen stellen dabei eine Ergänzung zu solchen im größeren Maßstab dar, wie z.B. Pumpspeicherwerke.

Begründung: Energiespeicher sind zwingend notwendig, um Schwankungen bei der Einspeisung ins Stromnetz auszugleichen. Speicher im Quartiers-Maßstab sind hierbei eine sehr sinnvolle Ergänzung zu großen und zentralen Anlagen und lassen sich gut in das "Smart Grid" integrieren.

Best practice: Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) hat mit der Stadt Kaiserslautern ein Leuchtturmprojekt umgesetzt, um dort Simulationen eines energieeffizienten, klimaneutralen Quartiers unter Realbedingungen zu testen.

Volt will Fern- und Nahwärmenetzen und insbesondere Geothermie schneller ausbauen.

Konkret: Volt will den Ausbau von Fern- und Nahwärme weiter vorantreiben. Gerade Industriegebiete, Altbauten und große Mietkomplexe sollen vermehrt an solche Netze angebunden werden. Als Energiequelle soll verstärkt Geothermie zum Einsatz kommen

Begründung: Die Wärmeproduktion für die Fernwärmenetze erfordert derzeit noch große Mengen fossiler Brennstoffe und erzeugt somit erhebliche Emissionen und macht uns von Energieimporten abhängig. Daher soll Abwärme aus Industrieprozessen sowie zentral erneuerbar erzeugte Wärme zum Beheizen von Gebäuden nutzbar gemacht werden, da diese deutlich kosteneffizienter ist.

Best practice: Sowohl in Deutschland und besonders in Skandinavischen Ländern gibt es zahlreiche Beispiele für die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität von erneuerbarer Fernwärme. So wird Wärme z.B. durch Geothermie oder Solarthermie in Kombination mit Großwärmepumpen erzeugt und kann in Salz- oder Sandspeichern (z.B. in Finnland) mehrere Monate gespeichert werden.

Umwelt-und Hochwasserschutz

Wir wollen die Renaturierung von Ökosystemen vorantreiben, insbesondere von Mooren und Fließgewässern.

Konkret: Volt will ein umfassendes Programm zur Renaturierung von Mooren und Fließgewässern entwickeln und vorantreiben.

Begründung: 58% der hessischen Niedermoore gelten als gefährdet, 25% als zerstört. Dabei sind Moore unverzichtbare Kohlenstoffspeicher und deren Renaturierung trägt somit erheblich zur Eindämmung des Klimawandels bei. Die Renaturierung von Flüssen erhöht nicht nur die Artenvielfalt, sondern schützt auch vor Überschwemmungen und ist somit aktiver Hochwasserschutz. Im Interesse der Biodiversität und in unserem eigenen Interesse ist der Schutz dieser und anderer Ökosysteme unverzichtbar.

Best practice: Im Roten Moor in der Rhön wurde bis in die 80er Jahre Torf abgebaut. Mit der Ausweisung eines Naturschutzgebietes im Jahr 1979 begann die Renaturierung, sodass es heute unzählige Säugetier-, Vogel-, Insekten- und Pflanzenarten beheimatet. Damit bietet es stark gefährdeten Arten einen Lebensraum, trägt zur Biodiversität bei und stellt einen unverzichtbaren CO₂-Speicher dar.

Volt will Systeme zur Wasserrückhaltung und -speicherung einrichten, um Hochwassern und Dürreperioden vorzubeugen.

Konkret: Zum Ausgleich von Hochwasser- und Dürreperioden wollen wir entlang der Flüsse mehr Puffersysteme zur Wasserrückhaltung und Regulierung einrichten, die gleichzeitig zum Löschen von Waldbränden genutzt werden können.

Begründung: Mit zunehmendem Klimawandel werden sowohl Starkregen-Ereignisse als auch Dürreperioden deutlich häufiger auftreten, wie die letzten Sommer bereits gezeigt haben.

Best practice: Kopenhagen gilt als Beispiel für eine Schwammstadt, um dem Hochwasserrisiko entgegenzuwirken.

Volt fordert die Einhaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2027.

Konkret: Volt fordert, die Klärung und Selbstreinigung von Gewässern zu optimieren. Dabei soll die Reduktion von Schadstoffeinträgen die Wasserqualität verbessern. Wir möchten zudem die Ausweitung der "Spurenstoffstrategie Hessisches Ried" schneller vorantreiben, um hessische Kläranlagen mit zusätzlichen Reinigungsstufen auszustatten.

Begründung: Bereits seit vielen Jahren ist die Konzentration von Schadstoffen in unseren Gewässern ein Problem. Laut dem Umweltbundesamt erreichen nur 13% der Flüsse und 17% der Seen in Deutschland eine gute Bewertung. Ziel der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist eine gute Bewertung aller Gewässer bis 2027. Um das zu erreichen, muss jetzt gehandelt werden.

Best practice: Die Hochschule Magdeburg-Stendal hat bei ersten Versuchen im Labor durch eine Nanofiltrationsbeschichtung für Keramikmembranen eine Reduktion der untersuchten Reststoffe um bis zu 96 Prozent erreichen können.

Klimaschützende Wirtschaft

Wir wollen die Umwandlung der Wirtschaft hin zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft vorantreiben.

Konkret: Volt will Anreize für Unternehmen schaffen, möglichst geschlossene Kreisläufe anzustreben, in denen alle in der Produktion verwendeten Rohstoffe ohne Qualitätsverlust wiederverwendet oder biologisch abgebaut werden und so weiteren Produktionsprozessen dienen.

Begründung: Sowohl die Umweltbelastung durch verunreinigte und nicht mehr voneinander trennbare Rohstoffe, als auch die Entnahme dieser nicht recycelbaren Stoffe aus dem Wirtschaftskreislauf können wir uns auf Grund der begrenzten Ressourcen und der steigenden Umweltbelastung nicht mehr länger leisten.

Volt will den vertikalen Anbau zur Lebensmittelerzeugung etablieren.

Konkret: Wir wollen landwirtschaftliche Betriebe finanziell beim Umstieg auf Vertical Farming unterstützen und langfristige Planungssicherheit für entsprechende Investitionen bieten.

Begründung: Moderne Produktionsverfahren zur Lebensmittelerzeugung, wie Vertical Farming oder Aquaponik, benötigen nur einen geringen Einsatz von Ressourcen und Pestiziden. Gleichzeitig kann der Lebensmittelanbau in urbane Gebiete verlegt werden, wodurch Transportwege reduziert werden. Gleichzeitig können unsere Kultur-Landschaften, die heute intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, wieder schonender bewirtschaftet werden.

Best Practice: In den Niederlanden werden im vertikalen Anbau teilweise bereits sehr hochwertige pflanzliche Lebensmittel erzeugt. Durch den minimalen Ressourceneinsatz sind die Lebensmittel nicht nur sehr klimafreundlich, sondern teilweise auch konkurrenzlos günstig.

Wir wollen die Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Agri-Photovoltaik und Agroforstwirtschaft vorantreiben.

Konkret: Durch die Förderung von Investitionen im Bereich der Agri-Photovoltaik (Landwirtschaftliche Nutzung in Kombination mit Photovoltaik) und der Agroforstwirtschaft (Kombination mit Gehölzen), soll der Umbau der entsprechenden Landflächen ermöglicht und Planungssicherheit gewährleistet werden. Diese innovativen Nutzungsmöglichkeiten müssen sich auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wiederfinden.

Begründung: Eine Kombination von landwirtschaftlichen Flächen mit Photovoltaikanlagen bzw. Gehölzen kann Synergieeffekte erzeugen und die Flächen können effizienter genutzt werden.

Mobilität

Volt fordert den Ausbau und die Reaktivierung bestehender Schieneninfrastruktur.

Konkret: Um die Schieneninfrastruktur in Hessen zu stärken, soll das Schienennetz ausgebaut werden. Außerdem soll für jede stillgelegte Strecke in Hessen geprüft werden, ob eine Reaktivierung möglich und sinnvoll ist.

Begründung: Der flächendeckende Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der Anschluss des ländlichen Raumes sind Voraussetzungen dafür, dass mehr Menschen vom Auto auf die Schiene umsteigen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer modernen, sozialen und klimaneutralen Mobilität und Gütertransport.

Wir wollen klimaschädliche Antriebe im Schienenverkehr abschaffen.

Konkret: Der Umstieg auf klimaneutrale Antriebe auf hessischen Schienen soll beschleunigt werden. Hierbei soll insbesondere auf elektrische Antriebe gesetzt werden. Ist die Elektrifizierung einer bestimmten Strecke nicht wirtschaftlich sinnvoll, sollen alternative Antriebsformen wie Batterie- oder Wasserstoffantriebe eingesetzt werden.

Begründung: Die Elektrifizierung des Schienennetzes stockt aufgrund fehlender Investitionen und Fachkräfte. Jedoch ist dies ein wichtiger und nötiger Beitrag zur klimaneutralen Gestaltung des Mobilitätssektors.

Volt fordert die Einführung von Höchstgeschwindigkeiten sowohl Inner- als auch Außerorts

Konkret: Wir wollen im Rahmen der Zuständigkeiten des Landes und durch Einflussnahme auf Bundesebene eine kritische Überprüfung und Anpassung der Höchstgeschwindigkeiten für Autobahnen, Bundesstraßen und auch Innerorts.

Begründung: Sowohl für die Annäherung an die Vision von null Verkehrstoten als auch zum Klimaschutz hilft ein durchdachtes Verkehrskonzept. Dazu gehören auch Höchstgeschwindigkeiten.

Volt will die Mobilitätskonzepte von Kommunen und Städte in ein Gesamtkonzept integrieren.

Konkret: Jede Kommune soll ein Mobilitätskonzept ausarbeiten. Diese und bereits bestehende Konzepte sollen dabei in die Planungen auf Landesebene integriert werden. Dadurch soll eine effiziente Verzahnung einzelner lokaler Konzepte untereinander sichergestellt werden, sowie die Abstimmung mit den überregionalen Planungen vereinfacht werden.

Begründung: Viele Maßnahmen im Zusammenhang mit der Mobilitätswende können auf lokaler Ebene nur teilweise umgesetzt werden und bedürfen einer regionalen Einbindung. Damit eine solche Transformation aber auch wirklich gelingen kann, ist die Koordinierung aller Akteur*innen auf allen Ebenen notwendig. Diese Koordinierung liegt in der Verantwortung des Verkehrsministeriums.

Best Practice: Im Rahmen des EU-Programms SUMP (Sustainable Urban Mobility Plans) können Kommunen Unterstützung bei der Erarbeitung von Mobilitätskonzepten erhalten und dabei das Fachzentrum Nachhaltige Mobilitätsplanung Hessen in Anspruch nehmen.

Volt steht hinter der Gesetzesinitiative der “Verkehrswende Hessen” und fordert deren sofortige Umsetzung.

Konkret: Das organisationsübergreifende Bündnis “Verkehrswende Hessen” hat

2022 einen umfassenden Gesetzesentwurf erarbeitet, der zur Transformation des Mobilitätssektors beiträgt. Daher unterstützt Volt die Initiative und fordert die Umsetzung des Gesetzesentwurfs.

Begründung: Nachdem dieser Entwurf durch über 70.000 Unterschriften breite Unterstützung in der Bevölkerung fand, erklärte ihn die Landesregierung als verfassungswidrig. Das Bündnis hat dagegen Beschwerde beim Landeswahlleiter eingelegt. Unabhängig vom Erfolg des Widerspruchs unterstützt Volt die Nutzung der Mittel der direkten Demokratie und fordert eine pragmatische Nutzung der ausgearbeiteten Forderungen des Bündnisses.

Best Practice: Amsterdam - Seit den 1970er Jahren wird der öffentliche Verkehrsraum konsequent umstrukturiert, so dass bereits 2015 38% der Wege in Amsterdam mit dem Fahrrad zurückgelegt wurden.

Wir wollen Park&Ride- sowie Bike&Ride-Optionen ausbauen.

Konkret: Das Land Hessen soll über "Hessen Mobil" mit Fördermitteln die Park&Ride, Bike&Ride und Rail&Ride Möglichkeiten verbessern. Dabei soll eng mit Kommunen und Verkehrsbetrieben zusammengearbeitet werden.

Begründung: Ein großer Teil des motorisierten Individualverkehrs in den Innenstädten besteht aus Menschen, die aus dem ländlichen Raum in die Städte pendeln. Dieser Verkehr kann durch eine geeignete Vernetzung von Abstellmöglichkeiten von PKWs und Fahrrädern deutlich reduziert werden. Allerdings sollte dies nur als Ergänzung zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gesehen werden.

Selbstbestimmte Digitalisierung

Kapitelintro

Digitalisierung ist eine der großen Transformationsaufgaben unserer Zeit. Politik hat nach unserer Überzeugung die Aufgabe, diese Transformation aktiv zu gestalten. Dies beinhaltet auch auf Landesebene zahlreiche, große Aufgaben wie z. B. eine notwendige Infrastruktur auszubauen oder Innovationen in Wirtschaft, Industrie und Bildung zu fördern. Für Volt bedeutet dies, dass wir deutlich schneller werden müssen und z. B. bei der Digitalstrategie das Onlinezugangsgesetz bei weitem nicht ausreicht.

Wir müssen endlich die Chancen der Digitalisierung aktiv nutzen, anstatt der Entwicklung hinterherzulaufen.

Dazu gehört eine bürgerzentrierte, menschnahe und **digitale Verwaltung**, die im Zentrum aller Prozesse stehen muss.

Das Land soll ganzheitlich das Thema Digitales anpacken und hierbei für alle Akteur*innen Lösungen anbieten und fördern, um Hessen für Unternehmen und Bürger langfristig attraktiv zu gestalten. Dabei strebt Volt eine Bevorzugung von **Open Source Software** an.

Da die Digitalisierung nicht nur Chancen, sondern auch Risiken birgt, wollen wir gleichzeitig die **Bürgerrechte** in den Fokus nehmen.

Digitale Verwaltung

Volt stellt eine bürgerzentrierte Sicht bei allen Dienstleistungen und deren Digitalisierung in der Verwaltung in den Mittelpunkt.

Konkret: Wir fordern, dass alle Prozesse und Vorgänge des Landes Hessen konsequent im Sinne der Teilhabe aller Bürger*innen gedacht und aufgesetzt werden. Eine ressort- und organisationsübergreifende, sowie barrierefreie Umsetzung ist hierbei zentral.

Begründung: Prozessgetriebene, statt anwenderorientierte Prozesse stoßen bei Bürger*innen, Gewerbetreibende und Unternehmen auf Unverständnis. Neben den technischen Voraussetzungen und rechtliche Grundlagen, ist die Förderung des Servicegedankens innerhalb der Verwaltung unabdingbar. Hierzu soll ein Handlungsleitfaden für alle öffentlichen Organisationen erstellt und verpflichtend für neue und bestehende Vorgänge eingeführt werden. Verwaltungsangestellte und Beamte sollen entsprechend geschult werden.

Volt will in Hessen gebündelte Portale für digitale Behördengänge einführen.

Konkret: Wir fordern, dass Auskünfte über Verwaltungsvorgänge und gespeicherte persönliche Daten von Ämtern und anderen Institutionen sowohl auf europäischer, Bundes und Landesebene als Bürger*in über Schnittstellen mit offenen Standards und benutzerfreundliche "Portale" abrufbar sein müssen.

Begründung: Über die beschriebenen "Portale" wird die Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung vereinfacht und von überall erreichbar gemacht. Außerdem wird die Möglichkeit geschaffen, dass Privatpersonen und Unternehmen mittels der verfügbaren Schnittstellen eigene Anwendungen entwickeln.

Wir wollen die digitale Kommunikation zwischen Behörden stärken.

Konkret: Alle Behörden sollen über standardisierte Schnittstellen zum möglichen Datenaustausch untereinander verfügen, sodass dies digital erfolgen kann. In der Ausgestaltung müssen die beiden Aspekte Verschlüsselung und Authentifizierung, im Sinne der Kontrollierbarkeit für die Bürger*innen besonders bedacht werden und sich an den neuesten technischen Standards orientieren.

Begründung: Durch funktionierende Schnittstellen, haben Bürger*innen die Möglichkeit, sich vielfache Angaben ihrer Daten zu ersparen. Durch eine möglichst einfache Lösung der Datenfreigabe, zum Beispiel per Push-Benachrichtigung, haben diese trotzdem jederzeit die Kontrolle. So können Verwaltungsvorgänge aus Sicht der Behörden und der Bürger*innen vereinfacht werden.

Best Practice: Analog zur Umsetzung bei Banken und Finanzdienstleistern (siehe Payment Service Directive 2-Richtlinie der Europäischen Kommission), stellen wir uns ein Konzept ähnlich zum Kommunikationsstandard für Zahlungsdienstleistenden vor, die eine einfache Freigabe der Daten durch die Bürger*innen bei der Abfrage dritter öffentlicher Stellen erfordert.

Volt will eine verpflichtende Open-Data-Strategie einführen.

Konkret: Das Land soll eine Open-Data-Strategie im Sinne des US-Informationsfreiheitsgesetzes durchsetzen, welche vor allem mit Steuermitteln erhobene Daten Bürger*innen und Unternehmen soweit rechtlich möglich vollumfänglich und ohne Beschränkungen zur Verfügung stellt und natürlich im Einklang mit der Strategie der Bundesregierung steht.

Begründung: Durch die Open-Data-Strategie werden Daten, die keiner Geheimhaltungsstufe unterliegen und keine persönlichen Daten enthalten, welche von Landesbehörden im Zuge ihrer Aufgaben gesammelt werden, den Bürger*innen, Wissenschaft und der Wirtschaft zugänglich gemacht.

Best Practice: Das gemeinnützige Projekt fragdenstaat.de ermöglicht es Bürger*innen, Daten von Behörden über das Stellen einer Anfrage zu bekommen.

Wir fordern flächendeckendes und schnelles Internet für alle.

Konkret: Durch Förderung von Hotspot Lösungen, auch durch Privatpersonen und dem Einsatz von geostationären Satelliten für die Internet-Grundversorgung sollen schnellstmöglich vorhandene Versorgungslücken geschlossen werden.

Begründung: Eine fehlende Anbindung ans Internet stellt in der heutigen Zeit eine Benachteiligung und soziale Ausgrenzung dar. Der Ausschluss von geostationären Satelliten (durch das Telekommunikationsgesetz) und weitere Lücken auf Grund von fehlender Gewinnmöglichkeit für Glasfaseranschlüsse gefährdet eine flächendeckende Internetversorgung, dem muss entgegengewirkt werden.

Open Source Software

Volt will in der Vergabe öffentlicher Aufträge Freie Open-Source-Software (FOSS) bevorzugen.

Konkret: FOSS-Lösungen sollen bei Ausschreibungen von Behörden bevorzugt werden. Allgemein sollen bei Ausschreibungen, die Software enthalten, nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch alle Aspekte der langfristigen Nutzung berücksichtigt werden, z.B. Wartungs- und Lizenzkosten (Total Cost of Ownership). Bei begründeten Ausnahmen soll zumindest der Einsatz offener Standards und Schnittstellen sichergestellt sein, um die Abhängigkeit von Anbietern zu verringern.

Begründung: Der Einsatz von Open-Source-Software verringert die Abhängigkeit von einzelnen Anbieter*innen, weil für eine Weiterentwicklung der Software nicht zwangsläufig die ursprüngliche Anbieter*innen beauftragt werden müssen. Nach der Zielsetzung "public money, public code" sollen öffentliche Gelder für

transparente IT-Lösungen eingesetzt werden, was die digitale Souveränität sicherstellt und die digitale Wirtschaft stärkt.

Best Practice: Das 2012 in Frankreich verabschiedete Gesetz "Cirulaire 5608" sieht unter anderem vor, dass FOSS in allen Ausschreibungen berücksichtigt wird, um die maximale Kosteneffizienz erreichen zu können. Es führte innerhalb des Landes zu einer höheren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit (jährliche Steigerung der IT-Startups um 9% bis 18%, jährliche Steigerung der Angestellten in IT-Berufen um 6,6% bis 14%).

Bürgerrechte

Wir sprechen uns gegen Werkzeuge zur Massenüberwachung aus.

Konkret: In der Bundes- und Europapolitik wird sich Volt dafür einsetzen, dass potentielle Massenüberwachungstools wie der Bundestrojaner, Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung, Chatkontrolle oder ähnliche generische Überwachungsschnittstellen nicht eingesetzt werden.

Begründung: Alle genannten Maßnahmen erlauben es nur, standard "IT-Systeme" zu erfassen. Von Kriminellen speziell geschützte Systeme können mit diesen Maßnahmen nicht erfasst werden. Das Herabsetzen von Kryptographie ist kein Ausweg, da sonst Kriminalität und Wirtschaftsspionage drohen.

Volt fordert glücksspielähnliche Mechaniken rechtlich als Glücksspiel einzuordnen.

Konkret: Volt setzt sich dafür ein, dass im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrages der Länder Lootboxen als Begriff aufgenommen werden und diese somit unter die Regularien des Glücksspiels fallen.

Begründung: Unter Lootbox zu verstehen ist dabei ein virtueller Behälter mit zufälligem digitalen Inhalt, der direkt oder über eine Zwischenwährung per Echtgeld

erlangt werden kann. Lootboxen fallen unter den Begriff der "glücksspielähnlichen Mechaniken", damit müssen die Anbietenden oder Herausgebenden der Spiele sich nicht an dieselben Regeln halten, wie Glücksspielbetreibenden. Dabei besteht der einzige essentielle Unterschied darin, dass bei Glücksspielen, im Gegensatz zu Lootboxen, eine Chance auf einen Echtgeld-Gewinn besteht.

Diese Mechaniken haben sich in Computer- und Videospiele fest etabliert und stehen über Smartphones bereits Minderjährige zur Verfügung.

EINE Gesellschaft

Kapitelintro

Die Internetseite des hessischen Innenministeriums wirbt in großen Buchstaben mit dem Slogan "Weltoffenes Hessen" und die Hessenagentur wirbt sogar mit Hessen als "Gateway to Europe.". Beide Aussagen mit Leben zu füllen, ist Volt besonders wichtig.

Volt setzt sich für **Transparenz** und ein neues Selbstverständnis von Politiker*innen ein, sich als gewählte Vertreter*innen aller Menschen in Hessen zu sehen. Volt möchte darüber hinaus die Möglichkeiten zur politischen **Beteiligung** von Bürger*innen erweitern und Prozesse sowohl einfacher, als auch verständlicher gestalten, zum Beispiel durch Digitalisierung.

Um unsere gemeinsame demokratische Grundordnung und das gesellschaftliche Leben zu schützen, benötigt es **innere Sicherheit**. Dafür müssen wir die Personalpolitik der Polizei und Justiz wieder zukunftsgerichtet planen und den Beruf attraktiver machen. Dafür müssen Skandale wie rechte Chatgruppen aufgearbeitet, extremistische Netzwerke bekämpft und das verlorene Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewonnen werden.

Gerade letzteres ist Volt ein Anliegen. Daher setzen wir uns zur Stärkung des Vertrauens für einen **gleichberechtigten** (diskriminierungsfreien) **Umgang** mit allen Menschen im politischen Prozess ein.

Zu EINER Gesellschaft gehört für Volt auch eine **menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik**, welche nicht nur reaktiv, sondern aktiv gestaltet werden muss.

Um unsere Gesellschaft weiterhin nicht nur funktional, sondern auch lebenswert zu gestalten, brauchen wir **Kultur und Ehrenamt**. Für diese braucht es Räume und ein lebenswertes Umfeld. Dazu gehört auch, allen Menschen die Chance zu geben, sich

in Hessen ein Zuhause aufzubauen. Sei es als Eigenheim oder zur bezahlbaren Miete. Da hier auch ein großer Zusammenhang zum Thema Klima besteht, sind die Forderungen von Volt zu **Bauen und Wohnen** aus zwei Sichtweisen zu verstehen.

Weiteres Thema der Gesellschaft ist uns **Gesundheit** als Basis des individuellen Wohlbefindens ein Anliegen. Wir wollen, dass alle Menschen in Hessen Zugang zu Leistungen haben, die sie zu einem guten, gesunden Leben brauchen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitsdienst weniger belastend, moderner und nachvollziehbarer wird.

Wir stehen für **EINE Gesellschaft**, die einander versteht, füreinander sorgt und mit Selbstverständlichkeit hilft.

Transparenz & Beteiligung

Volt setzt sich für ein neues Selbstverständnis von Politiker*innen ein. Als gewählte Vertreter*innen aller Menschen in Hessen sind die Mandatstragenden in ihrem Handeln allein den Menschen gegenüber verantwortlich und Rechenschaft schuldig. Sie dürfen keine Einzelinteressen vertreten, sollen also im Sinne des Gemeinwohls handeln.

Volt fordert insgesamt Maßnahmen zur Beseitigung von Korruption und Selbstbereicherung, eine grundlegende Reform des Wahlrechts, einen digitalen Zugang zu öffentlichen Sitzungen und das Honorieren bürgerlichen Engagements.

Dabei setzen wir bei der Finanzierung all unserer Forderung auf den Zero-Based-Budgeting Ansatz.

Volt fordert die Einführung des Zero-Based-Budgetings.

Konkret: Wir wollen, dass der Landeshaushalt nach dem Zero-Based-Budgeting Prinzip aufgestellt wird. Dabei werden die Budgets in jeder Planungsperiode von Grund auf neu geplant, es gibt also keine Fortschreibung vorhandener Budgets.

Begründung: Gerade in der heutigen Zeit muss die Haushaltsplanung des Landes Hessen wirtschaftlich und sparsam sein. Um unnötige Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden, sollten Budgets und Ausgaben regelmäßig kritisch hinterfragt und evaluiert werden.

Wir wollen mehr Menschen das Wahlrecht zusprechen.

Konkret: Das Wahlalter für das aktive Wahlrecht soll auf Kommunal- und Landesebene auf 16 Jahre gesenkt werden. Außerdem sollen EU-Bürger*innen, die ihren Hauptwohnsitz seit mindestens drei Jahren in Deutschland haben, bei Landtagswahlen ein aktives und passives Wahlrecht bekommen. Für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die ihren ständigen Wohnsitz in Hessen haben, soll die

Teilnahme an Wahlen auf kommunaler Ebene geprüft werden.

Begründung: Aktuell dürfen 11,4 Mio. Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, weder wählen noch gewählt werden, da sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Auch fünf Mio. EU-Bürger*innen sind davon betroffen. Allerdings sind diese Menschen genauso von politischen Entscheidungen betroffen, wie andere Menschen. Auch junge Menschen, die die Folgen einer Wahlentscheidung am längsten spüren, sind von den Wahlen ausgeschlossen und werden an einer Mitbestimmung gehindert. Aus diesem Grund soll auch den 16- bis 18-Jährigen das Wahlrecht gegeben werden.

Best Practice: Das aktive Wahlalter für die Europawahl wurde auf 16 Jahre gesenkt. Auf Ebene der Bundesländer in Deutschland ist zum April 2023 Baden-Württemberg das siebte Bundesland, was dies für die Landtagswahl ermöglicht. Auf kommunaler Ebene dürfen aktuell (April 2023) in elf Bundesländern (inkl. Berlin und Hamburg) 16-Jährige das aktive Wahlrecht ausüben. In Hessen bestand das kommunale Wahlrecht für 16-Jährige bereits im Jahr 1998 und wurde 1999 unter Roland Koch (CDU) wieder rückgängig gemacht.

Wir wollen eine Ersatzstimme einführen und die Sperrklausel bei Landtagswahlen auf drei Prozent absenken.

Konkret: Die Sperrklausel für Landtagswahlen soll auf 3% abgesenkt werden. Darüber hinaus soll eine Ersatz-Zweitstimme eingeführt werden.

Begründung: Bei jeder Landtags-, Bundestags- und Europawahl verfallen Millionen Stimmen, weil Menschen sich für Parteien entscheiden, die die in der Sperrklausel vorgeschriebene „Fünf-Prozent-Hürde“ nicht erreichen. Diese Menschen werden an ihrer Mitbestimmung gehindert. Volt möchte dieses Problem lösen. Dazu soll zum einen die Sperrklausel auf 3% gesenkt werden. Zum anderen soll das Einführen einer Ersatzstimme dazu führen, dass bedeutend weniger Stimmen verfallen. Sollte die mit der ersten und eigentlichen Stimme gewählte Partei an der Sperrklausel scheitern, wird die Ersatzstimme gültig. Dies ermöglicht auch eine bessere

Beteiligung aller Bürger*innen an der parlamentarischen Demokratie.

Volt unterstützt die Einbeziehung von bürgerlichem Engagement im Bereich Digitalisierung.

Konkret: Die Landesregierung und ihre Behörden sollen ernsthaft auf die Vorschläge von zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen wie beispielsweise dem Chaos Computer Club (CCC) oder dem Hasso-Plattner-Institut eingehen. Ein Hinwegsetzen über erfolgte Ratschläge und Hinweise muss ausdrücklich öffentlich und transparent dargelegt werden. So soll verhindert werden, dass das Gefühl entsteht, dieses Engagement würde nicht wertgeschätzt.

Begründung: Volt sieht im Engagement von Vereinen und Organisationen wie dem CCC und anderen Expert*innen einen wertvollen Beitrag im Bereich der Digitalisierung. Diese Expertise sollte von der Politik wertschätzend genutzt und honoriert werden.

Wir fordern, die Angaben von Abgeordneten in Lobbyregistern unabhängig zu überprüfen.

Konkret: Wir wünschen uns wirkliche Transparenz in der Politik und eine deutliche Sichtbarmachung von Lobbyarbeit. Hierfür fordern wir eine unabhängige Instanz, die alle Abgeordneten ohne Ausnahme standesgemäß kontrolliert. So können etwaige Ungereimtheiten in der Berichterstattung durch Abgeordnete, Unternehmen oder andere Interessensvertreter*innen aufgedeckt werden. Auf hessischer Ebene werden wir dafür das bestehende Lobbyregister hinsichtlich der Angabepflichten und Transparenz verbessern. Außerdem werden wir auch für kommunale Abgeordnete ein Lobbyregister einrichten.

Begründung: Das derzeitige System der Lobbyarbeit ist intransparent. Der hessische Gesetzesentwurf vom Januar 2023 der Parteien: Bündnis 90 / Die Grünen, der CDU und der FDP bietet zwar eine Diskussionsgrundlage, bleibt aber deutlich hinter den

Erwartungen zurück. Es fehlt ganz konkret an einer Pflicht der Offenlegung von Gesprächen oder Gesprächsthemen, ebenso ist es nicht vorgesehen, die Ausgaben für Lobbyarbeit transparent zu gestalten. An einer angemessen ausgestatteten Instanz zur Überprüfung fehlt es gänzlich.

Für die kommunale Ebene besteht bisher nur eine sehr begrenzte Transparenzpflicht.

Best practice: Ein großes Kernanliegen von Volt ist die eigene Transparenz. Diese fördern wir durch ausführliche Transparenzregister unserer Fraktionen und Mandatsträger*innen.

Volt will die verpflichtende Offenlegung der privaten Steuererklärung von Abgeordneten während der Amtszeit.

Konkret: Wir fordern, dass hessische Abgeordnete während der Mandatszeit eine private Steuererklärung erstellen und die enthaltenen Einkünfte in Clustern der Einkunftsarten offenlegen müssen. Ziel ist die Kontrolle von Nebeneinkünften. Durch die Offenlegung der privaten, finanziellen Situation unterteilt nach Einkommensart können Journalist*innen und Bürger*innen Einkünfte der Mandatstragenden aus beispielsweise selbständiger Tätigkeit gezielt verfolgen und ggf. hinterfragen.

Begründung: Mandatstragende können derzeit quasi unbegrenzt und ohne Nachverfolgung Einkünfte verschiedenster Art erzielen, die nicht offengelegt werden müssen. Dies öffnet Korruption Tür und Tor und stellt die Integrität der Politik in Frage.

Wir wollen allen Menschen einen Online-Zugang zu öffentlichen Sitzungen der Parlamente und Ausschüsse in Hessen ermöglichen.

Konkret: Wir möchten, dass allen Bürger*innen eine digitale Teilnahme an Parlamenten und Ausschüssen in Hessen möglich gemacht wird.

Begründung: Durch die Teilnahme von Bürger*innen an Sitzungen ist eine direkte und unmittelbare Nachvollziehbarkeit der Debatten gewährleistet. Die Live-Übertragung, Veröffentlichung und Archivierung der Sitzungsaufzeichnung soll weiteren Interessensgruppen einen Zugang ermöglichen. Dazu ist unbedingt auf Barrierefreiheit zu achten und diese herzustellen. Eine gesetzliche Grundlage hierfür soll auch in der Hessischen Gemeindeordnung verankert werden und damit auch für Kommunen gelten.

Volt fordert die Überprüfung der Aufgaben von Justiz, Polizei und Verwaltung mit entsprechenden Auswirkungen auf den Personalkörper.

Konkret: Wir möchten, den Leitsätzen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder folgend, Prozesse für Justiz, Polizei und Verwaltung optimieren. Hierzu gehören auch die Digitalisierung, die Vereinfachung des Formularwesens und Umstrukturierung. In Anbetracht des demografischen Wandels sollen alle Aufgaben überprüft und mit einem Personalschlüssel versehen werden. Dabei muss der effiziente Einsatz von Beamten und Tarifbeschäftigten mit betrachtet werden. Nur so ist eine angemessene Personalpolitik möglich.

Begründung: Die hessische Landesverwaltung hat mit einem stetigen Zuwachs an Aufgaben zu kämpfen. Digitale Sicherheit, politischer Druck, eigene Reformen und eine angespannte Gesamtlage führen zu einer immensen Belastung der hessischen Polizei. Der Strafvollzug und die Bearbeitung von Einsprüchen, beispielsweise beim Ausbau erneuerbarer Energien, belastet die Justiz. Das Formularwesen der öffentlichen Verwaltung ist komplex, überwiegend nicht ausreichend barrierefrei, und behindert ein bürgerzentriertes Arbeiten. In allen Bereichen fehlt es an einer angepassten Personalpolitik.

Wir setzen uns für einen respektvollen Umgang im Landtag ein.

Konkret: Wir fordern, dass im Landtag offen und faktenbasiert kommuniziert wird und offene Beleidigungen nicht akzeptiert werden, da Abgeordnete eine politische Vorbildfunktion einnehmen. Wir setzen uns für eine offene, sachliche und pragmatische Diskussions- und Entscheidungskultur im Landtag ein. Wir wollen respektvoll und wertschätzend miteinander kommunizieren – sowohl im Landtag selbst als auch in sonstigen politischen Dialogen. Dies möchten wir mit einem Code of Conduct, also einer Art Verhaltenskodex, gewährleisten.

Begründung: Um die bestmögliche Lösung zu finden, muss Politik immer verschiedene Interessen vereinen und Kompromisse schließen. Speziell in der Landespolitik, bei der die diskutierten Probleme oft gut greifbar sind, ist es daher wichtig, Diskussionen auf einer sachlichen Ebene zu führen und Entscheidungen pragmatisch von Fall zu Fall zu treffen. Des Weiteren sind Anträge inhaltlich zu beurteilen und nicht aus „politischer Tradition“ abzulehnen, nur weil sie aus der (demokratischen) Opposition stammen.

Innere Sicherheit

Die Polizei schützt unsere gemeinsame demokratische Grundordnung. In Hessen wurde diese Aufgabe und deren Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft in den letzten Jahren nicht gewürdigt. Die Folge sind massive Skandale (z.B. rechte Chatgruppen) und ein hoher Vertrauensverlust in der Bevölkerung.

Volt fordert eine Aufarbeitung dieser Skandale, aber gleichzeitig die lösungsorientierte Weiterentwicklung der Organisation Polizei und deren Strukturen.

Volt fordert eine faire Besoldung der hessischen Polizei.

Konkret: Volt fordert die Überprüfung der aktuellen Besoldungsordnung und Anpassung dieser im Laufe der nächsten Jahre sowie die Rückkehr in die

Tarifgemeinschaft der Länder und eine Rückkehr zum Wochenstundensatz von 38,5h.

Begründung: Das Land Hessen ist wiederholt durch verfassungswidrige Besoldungen aufgefallen. So bestand in den unteren Lohngruppe nicht der gebotene Abstand von 15% zur Grundsicherung. Mit Erhöhung der Grundsicherung im nächsten im Zuge des Bürgergeldes und mit Hinblick auf die Inflation ist eine nachhaltige Betrachtung der Besoldung nötig.

Wir wollen das Studium der Polizei attraktiver gestalten.

Konkret: Das Studium muss für junge Menschen attraktiver werden, dazu gehört das Lernumfeld (Campus Wiesbaden, Mühlheim...), die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (arbeitsplatznaher bezahlbarer Wohnraum) und auch die Anpassung der Besoldung im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Darüber hinaus sollten auch interne Angebote wie stetige Aus- und Fortbildung, psychosoziale Versorgung durch das ZPD als Aushängeschilder genutzt werden.

Begründung: Die Zukunftsfähigkeit der hessischen Polizei hängt massiv von der Ausbildung des Nachwuchs ab. Dabei können auch bisher unterrepräsentierte Personengruppen durch gezielte Förderung angesprochen werden (Vorbereitungskurse, Sprachförderung...)

Volt fordert die kontinuierliche Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen aus dem Expertenbericht.

Konkret: Die Maßnahmen aus dem Bericht: „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“ müssen in der Regelorganisation umgesetzt werden und im Hinblick auf die Effektivität überprüft werden. Hierfür sind falls nötig personelle und finanzielle Ressourcen zu schaffen

Begründung: Das Thema Fehler- und Führungskultur wird bereits seit einigen Jahren in der Landespolizei Hessen zum Positiven weiterentwickelt. Durch den Bericht der Expert*innenkommission wurden durch hohen Druck teilweise Parallelstrukturen geschaffen, die nun in die Regelorganisation überführt werden müssen. So können die vorhandenen Ressourcen besser genutzt werden. Diese werden benötigt, um Raum zu schaffen für Fortbildung, Sensibilisierung und Selbstreflexion aller Beschäftigten der hessischen Polizei.

Volt will die politisch neutrale Besetzung von Leitungspositionen der Polizeibehörden.

Konkret: Wir fordern, dass alle Präsident*innen der Polizeibehörden und des Verfassungsschutzes durch unpolitische Verfahren besetzt werden, um eine Gewaltenteilung aufrechtzuerhalten.

Begründung: Durch eine politische Unabhängigkeit der Präsident*innen wird eine Sicherheitsebene der Gewaltenteilung eingezogen.

Wir wollen die Stelle der oder des Bürger*innen- und Polizeibeauftragten schnellstmöglich besetzen.

Konkret: Wir fordern eine von der Polizei unabhängige Beschwerdestelle für Bürger*innen, sowie Polizist*innen. Dazu wurde bereits am 11. Dezember 2020 durch den Landtag eine entsprechende Stelle geschaffen, die bis heute nicht besetzt ist. Auch auf Bundesebene wurde der Vorschlag zwar im Koalitionsvertrag aufgegriffen, aber bisher nicht final umgesetzt.

Begründung: Durch eine unabhängige Ermittlung können Bürger*innen und Polizist*innen sich sicher sein, dass Beschwerden ernst und vorurteilsfrei angenommen werden. So kann Fehlverhalten gemeldet werden, ohne persönliche oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen.

Best Practices: In bereits sechs Bundesländern wurde eine solche Stelle geschaffen und mit einer parlamentarisch gewählten Person besetzt.

Auch in Europa gibt es solche Beschwerdestellen, deren Aufgaben von internen Ermittlungen bis hin zu Vorschlägen der Umstrukturierung reichen. Am häufigsten wird hier mit sogenannten Ombudspersonen gearbeitet, die meistens aus dem Ministerium für Justiz heraus benannt werden und diesem zwar unterstellt, aber dennoch frei in ihrer Arbeit sind.

Volt steht für die konsequente Verfolgung von Verbrechen im digitalen Raum.

Konkret: Dienste wie das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien müssen mit entsprechend geschultem Fachpersonal und Finanzen ausgestattet sein. Neben qualifizierten Polizeivollzugsbeamten sind hier auch externe Expert*innen zu gewinnen und auszubilden. Dabei ist es nötig, die Bedingungen zu schaffen, um im Wettbewerb um Fachkräfte attraktiv zu werden.

Begründung: Qualifiziertes Fachpersonal kann auch ohne Massenüberwachungstools Zugriff auf Systeme Krimineller bekommen, kann Multiplikatoren in der Fläche ausbilden, schneller und effektiver zur Ermittlung benötigte Fakten sammeln und verfügt durch Aus- und Fortbildung sowie Berufserfahrung über ein tiefes Fachwissen. Entsprechende personelle Kapazitäten müssen zur Strafverfolgung ausgebaut und vorgehalten werden.

Durchsetzung der Chancengleichheit und des gleichberechtigten Umgangs

Volt sieht in allen Verwaltungsprozessen und Alltagssituationen den Menschen im Mittelpunkt. Daher soll die Kommunikation in diesen Vorgängen inkludierend, rücksichtsvoll und frei von Diskriminierung und Marginalisierung sein.

Um das Phänomen des Extremismus und der Menschenfeindlichkeit zu beobachten und dann zeitnah reagieren zu können, setzt sich Volt außerdem für Forschung in diesem Bereich ein.

Wir wollen Englisch als weitere Verwaltungssprache einführen.

Konkret: Englisch soll generell als zweite Sprache im Amtsverkehr zur Verfügung stehen. Das heißt bei der allgemeinen Kommunikation und bei der Erfassung von Daten.

Begründung: Wir möchten erreichen, dass alle Einwohner*innen in Hessen einen barrierearm Zugang zu öffentlichen Diensten haben. In Zukunft soll so auch die europäische Kommunikation zwischen Behörden vereinfacht werden. Englisch bietet sich als geläufige Verkehrssprache an.

Best practice: In Schleswig-Holstein sind Niederdeutsch, Friesischen und Dänisch als Amtssprache festgehalten.

Volt setzt sich für einen inklusiven, gleichberechtigten Umgang mit allen Menschen in Landesinstitutionen, Eigenbetrieben und Beteiligungen ein.

Konkret: Volt fordert die Ächtung und Vermeidung von rassistischem und diskriminierendem Umgang, wie die Sprache in der Verwaltung und allen Eigenbetrieben und Beteiligungen. Zudem soll überprüft werden, ob sich diese bereits kritisch mit strukturellem Rassismus auseinandersetzen und eine inklusive Kultur fördern. Außerdem streben wir für diese eine paritätisch besetzte Co-Spitze ein.

Begründung: Der Umgang in Betrieben und Gremien des Landes sollte als Vorbild für eine inklusive Organisationskultur dienen. Diese Kultur fördert das Klima und die Art der Zusammenarbeit.

Best Practice: In München wurden 2021 rassistische Begriffe verboten. Kommt es zum Beispiel im Kommunalparlament zum Einsatz, wird dies als "Störung des Sitzungsablaufs" geahndet. Eine Überprüfung der Verwendung rassistischer Sprache wird auch in allen Landesbehörden überprüft.

Wir brauchen regelmäßige Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus.

Konkret: Wir wollen die Einrichtung eines Lehrstuhls zum Beispiel an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit zur Untersuchung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus. Zusätzlich kann dieser die Landesregierung unterstützen, die Umsetzung des Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt zu überprüfen.

Begründung: Es fehlt aktuell an regelmäßig durchgeführten Studien, die der Frage nachgehen, wie verbreitet menschenfeindliche Vorurteile in Hessen sind und ihre entsprechenden Folgen und Entwicklungen darlegen. Als evidenzbasierte Partei ist es uns wichtig, den aktuellen Verlauf des Missstands rund um Menschenfeindlichkeit zu beobachten, um evidenzbasiert reagieren zu können.

Best practice: Verknüpfung mit dem Sozio-oekonomische Panel (SOEP), der größten und ältesten Langzeitstudie. Hier wäre auch ein Zusammenhang mit

gesellschaftlichen Ressourcen, Einkommen, Vermögen oder Zugang zu Bildung oder Arbeit auswertbar.

Volt will in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen kostenlos Menstruationsprodukte zur Verfügung stellen.

Konkret: Alle Einrichtungen des Landes Hessen müssen mit kostenlosen frei zugänglichen Hygieneprodukten für Menstruierende ausgestattet werden.

Begründung: Monatliche Periode bringt insbesondere für finanzielle schlechter gestellte betroffene Menschen finanzielle Mehrbelastung und trägt zu sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft bei.

Best practice: Landkreis Gießen, Schottland, mehrere Universitäten und Entitäten haben dies bereits erfolgreich umgesetzt. Das ist einer der ersten Schritte in Richtung eines Gender Budgeting, welches in Wien bereits seit 2006 umgesetzt wird und für gerechtere Aufteilung der Haushaltsmittel zwischen den Geschlechtern sorgt.

Wir fordern beim Neubau von öffentlichen Gebäuden, genderneutrale Toiletten mit zu verbauen.

Konkret: Volt möchte, dass beim Neubau öffentlicher Gebäude die Einrichtung von zusätzlichen gender neutralen Toiletten eingeplant wird.

Begründung: Um der Stringenz der aktuellen Diskussion zu folgen, wären für einen gleichberechtigten Umgang auch genderneutrale Toiletten notwendig.

Positive und integrative Asyl- und Migrationspolitik

Asyl- und Migrationspolitik ist in den letzten Jahren geprägt von überragendem ehrenamtlichen Engagement, aber trägen Prozessen. Volt setzt sich dafür ein, aktiv aus den vergangenen Jahren zu lernen, um die Prozesse für die Zukunft einfacher und schlanker zu gestalten.

Im Mittelpunkt steht dabei die Einhaltung der Menschenrechte und der Schutz hilfsbedürftiger Personengruppen wie Kindern.

Volt fordert die Erarbeitung eines ganzheitlichen Prozesses rund um das Thema Asyl.

Konkret: Um Schutzsuchende schnell, effizient und für alle Seiten gewinnbringend zu integrieren, benötigt es einen ganzheitlichen, funktionierenden Prozess der Aufnahme, Unterbringung, Integration und Entscheidung bezüglich des Aufenthaltsstatus. Bei Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Volt fordert daher die Ausländerämter umzubenennen in Integrationsämter und auf EU, Bundes- und Länderebene die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention und gezielte Vorbereitungen statt Reaktionen auf die Flüchtlingskrisen.

Begründung: Die eingerichteten Zentren, wie die Aufnahmeeinrichtung in Gießen, und die nachgeordneten Behörden, waren für die letzten großen Flüchtlingsbewegungen nicht ausreichend vorbereitet und arbeiten auch heute noch nicht mit der für sie vorgesehenen Personaldecke.

Da Migrationsbewegungen keine Ausnahme, sondern die Regel sind, sollte der Umgang mit ihr als Lernprozess verstanden werden, der fortlaufend angepasst und überprüft werden muss. Bis heute sind weiterhin Verfahren offen, die teilweise nach Jahren zur Abschiebung gut integrierter Mitmenschen führen. Gleichzeitig behindert das träge Tempo und damit einhergehende Einschränkungen wie Arbeitsverbote die schnelle Integration in unsere Gesellschaft.

Wir wollen Abschiebungen in Länder, die Menschenrechte aktiv einschränken, dauerhaft verhindern und die Ausweisungen von Familien mit Kindern stoppen.

Konkret: Hessen soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass sich die Prüfkriterien für Abschiebeländer an menschenrechtlichen Standards orientieren. Zudem fordern wir eine kostenlose und unabhängige Verfahrensberatung, den sofortigen Abschiebestopp von Familien mit Kindern und keine Abschiebungen mehr in Nacht- und frühen Morgenstunden.

Begründung: Die pauschale Unterstellung, Schutzsuchende aus "sicheren" Herkunftsstaaten hätten keine Schutzgründe, steht dem Grundprinzip des Asylverfahrens – einer individuellen, sorgfältigen Prüfung des Asylgesuchs – entgegen. Darüber hinaus gilt es im Hinblick auf den besonderen Schutz von Kindern darum, diesen ein sicheres Aufwachsen zu ermöglichen und bei erfolgreicher Integration der Familien zum Beispiel hinsichtlich schulischer Ausbildung und soziales Engagement deren Perspektive besonders wohlwollend zu betrachten, auch vor der Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland.

Volt will die Integration für Schutzsuchende erleichtern und beschleunigen.

Konkret: Für alle Schutzsuchenden, insbesondere für Menschen mit Duldungsstatus müssen individuelle Spracherwerb- und Qualifizierungspläne verbindlich für beide Seiten vereinbart und umgesetzt werden. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen soll auch eine beschleunigte Einbürgerung ermöglicht werden.

Begründung: Bei einem hohen Anteil der Erwachsenen mit Migrationshintergrund reichen die Deutschkenntnisse nicht für eine höhere Qualifizierung aus. Insbesondere Frauen mit niedriger Schulbildung bleiben auch nach Jahren des Aufenthalts in Deutschland vom qualifizierten Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Eine

Folge könnten auch die in der Schuleingangsuntersuchung festgestellten erheblichen Mängel der deutlichen Sprache sein. Es liegt sowohl im persönlichen Interesse der betroffenen Menschen als auch im wirtschaftlichen Interesse des Landes Hessen, durch gezielte Bildungsmaßnahmen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Kultur und Ehrenamt

Kultur und Ehrenamt leisten einen großen Beitrag dazu, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Wenn das Ehrenamt weiterhin an Attraktivität verliert und der Rückhalt in der Bevölkerung schrumpft, müssen viele Aufgaben staatlich übernommen werden. Dazu gehören die Arbeit der Tafeln, der freiwilligen Feuerwehren oder der zahlreichen Sport- und Übungsleitenden. Viele dieser Institutionen sind Orte des Zusammentreffens verschiedener Schichten, Ethnien und Altersgruppen.

Einen ebenso wichtigen Beitrag, aber genauso durch Corona in Mitleidenschaft gezogen, leistet dabei die Kultur. Auch diese will Volt aktiv unterstützen.

Volt fordert eine Honorierung des Ehrenamts durch das Deutschlandticket.

Konkret: Volt fordert angelehnt an die Voraussetzungen zur Ehrenamts-Card für ehrenamtlich Tätige wie bei der Freiwilligen Feuerwehr (z.B. Atemschutzgeräteträger) und des THWs oder vergleichbaren Institutionen ein kostenloses Länderticket. Weitere gemeinnützige Vereine und Organisationen können auf Antrag ebenfalls aufgenommen werden.

Begründung: In Krisen wie der Flutkatastrophe im Ahrtal oder Großschadensereignissen wie Anschlägen oder Unfällen sind Ehrenamtliche Helfer*innen oft unverzichtbarer Bestandteil bei der Bewältigung durch staatliche Stellen. Dieser Einsatz muss gewürdigt werden, um ein klares Zeichen pro Ehrenamt zu setzen. Ein kostenloses Deutschlandticket (49€-Ticket) für den ÖPNV.

Volt Hessen | Seite 48

Wir wollen Kommunen bei der Stärkung des Kulturangebots unterstützen.

Konkret: Wir nehmen die Stärkung der Kultur als Pflichtaufgabe für Kommunen wahr und wollen diese in der Schaffung von Grundlagen wie Räume für Musikproben, Ausstellungen oder Kulturveranstaltungen unterstützen.

Begründung: Das kommunale kulturelle Angebot soll unabhängig von finanziellen Schieflagen einzelner Kommunen im ländlichen Raum besonders gestützt werden. Ideen dazu können aus dem Masterplan Kultur Hessen übernommen werden.

Volt ist für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Hessen.

Konkret: Wir streben eine Stärkung der öffentlich-rechtlichen Sender auch im Hinblick auf eine Verknüpfung mit europäischen Angeboten an, indem wir die Transparenz der Arbeit fördern und das System dort wo nötig verschlanken.

Begründung: Die öffentlich-rechtlichen Medien leisten wichtige Arbeit für das Funktionieren unserer Demokratie in Deutschland und Europa. Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Journalismus unabhängig von staatlichem Einfluss und wirtschaftlichen Interessen stattfindet. Forderungen nach einer Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Sender lehnen wir daher ab. Stattdessen halten wir eine Reform für notwendig. Ziel der Reform soll eine Verschlinkung der öffentlich-rechtlichen Sender sein, damit Kosten gespart werden können und eine Fokussierung auf die Kernaufgaben stattfindet.

Wir wollen neue Kulturformate fördern und setzen uns für eine Abschaffung des Tanzverbots ein.

Konkret: Wir fordern die Anerkennung von modernen Orten der Kunst wie Clubs oder Veranstaltungstätten für Live-Musik als Kulturstätten und die Abschaffung des Tanzverbotes an gesetzlichen Feiertagen.

Begründung: Clubs und Orte für Live-Musik sind Teil der Kulturlandschaft. Rechtlich stehen sie häufig aber auf einer Stufe mit Glücksspielhallen, daher fordern wir eine Anerkennung als Kulturstätten. Zudem soll das Tanzverbot und das Gebot der Stille (in Hessen an allen gesetzlichen Feiertagen) als nicht mehr zeitgemäß abgeschafft werden.

Volt fördert die LGBTQIA+ Kultur in der Stadt und auf dem Land.

Konkret: Wir wollen die LGBTQIA+ Kultur in Form von Vereinen und Veranstaltungen finanziell fördern. Dabei geht es uns explizit auch darum, die Angebote auf dem Land zu stärken, um den dort lebenden Menschen, die sich der LGBTQIA+ Community zugehörig fühlen, ebenfalls Zugang zu ermöglichen.

Begründung: Volt möchte die LGBTQIA+ Kultur neben den bereits etablierten Kulturformen in Hessen verankern, sodass die Mitglieder der Community, egal ob in der Großstadt oder auf dem Land, Zugang zu kulturellen Angeboten haben können, die sie in ihrer Identität bestärken.

Bauen & Wohnen

Ein Wohnraum ist mehr als bloße Bausubstanz. Wohnen bedeutet zu Hause sein, einen Ort des Rückzugs haben, bei gleichzeitiger Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Dieses individuelle Bedürfnis wollen wir allen Bewohner*innen Hessens in der Stadt und auf dem Land ermöglichen.

Auch unter den Aspekten der Klimakrise ist die Baubranche der größte Faktor was Einsparpotentiale an Energieverbrauch, Emissionen und Abfall angeht.

Daher muss dieser Bereich so umgestaltet werden, dass er einer möglichst großen Gruppe der Bevölkerung individuellen Wohnraum zur Verfügung stellt und dabei sowohl die Umwelt schont, als auch die bestehende Substanz in Städten, Dörfern und Gemeinden berücksichtigt.

Wir wollen den Bestand landeseigener Wohnungen ausbauen.

Konkret: Das Land Hessen soll die Bestände an eigenen Wohnimmobilien ausbauen. Diese sollten sich in erster Linie auf Wohnungen konzentrieren, die der Markt von sich aus nicht bereitstellt (z.B. Sozialwohnungen, Wohnheime für Menschen mit Behinderung, Schüler*innen, Studierende, Auszubildende, Migrant*innen, wohnungslose Personen, etc.). Es sollte ein Anteil von 40% an Sozialwohnungen angestrebt werden.

Begründung: Im Gegensatz zu privaten Investoren steht das Land Hessen in der Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. Die Baugenossenschaft des Landes soll deswegen dort eingreifen, wo keine andere Institution dies leisten kann.

Best Practice: Die Stadt Wien beispielsweise hat 220.000 Wohnungen im eigenen Besitz.

Volt fordert die finanzielle Förderung genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen mit Hilfe der Erbpachtvergabe.

Konkret: Genossenschaftlicher Wohnungsbau muss ausgeweitet werden. In den Gebieten mit angespannten Mietwohnungsmarkt sollen genossenschaftliche Wohnbauunternehmen gezielt gefördert werden, indem diese bei der Erbpachtvergabe bevorzugt werden..

Begründung: Die Organisationsform der Genossenschaft zeichnet sich durch ihre Gemeinnützigkeit und Orientierung an den Anteilhabenden aus. Diese sind gegenüber gewinnorientierten Besitzern oder Organisationen vorzuziehen.

Wir unterstützen das Modell des Mietkaufs.

Konkret: Das Land geht bei diesem Modell als Bauherr*in in Vorleistung. Die Eigentumswohnungen können dann per Mietkauf – also über laufende Zahlungen (Tilgungen) an den Staat – nach und nach ins Eigentum der Mieter*innen übergehen.

Begründung: Das Mietkauf-Modell ermöglicht es auch, Menschen Wohnungen zu erwerben, die am Kreditmarkt schlecht an Geld für den Wohnungskauf kommen. Als Bauträger*in soll der Landesbetrieb Bau & Immobilien Hessen genutzt werden, so dass die Expertise nicht neu aufgebaut werden muss.

Volt möchte eine Abgabe auf dauerhaften Leerstand gesetzlich ermöglichen.

Konkret: Wir wollen es Kommunen ermöglichen, nach Ablauf einer Frist eine Abgabe für nicht genutztes Bauland und Leerstand zu erheben.

Begründung: Durch die Abgabe wird ein marktwirtschaftlicher Anreiz gesetzt, Spekulation zu vermeiden und nicht genutztes Eigentum zu vermieten. Durch die Freiwilligkeit der Kommunen, können struktur ärmere Regionen dennoch eine Aufgabe von zum Beispiel geerbtem Wohnraum vermeiden, um einen Rückzug in ländliche Regionen nicht zu verhindern.

Best practice: In der Steiermark (Österreich) wurde die Leerstandsabgabe bereits im April 2022 beschlossen, gedeckelt auf 1.000€ pro Objekt im Jahr.

Wir wollen es ermöglichen, dass Mietwohnungen in Privatbesitz in das System des geförderten Wohnens aufgenommen werden können.

Konkret: Privatvermietende sollen durch finanzielle Anreize ihre Wohnungen langfristig an Miethaushalte mit Wohnberechtigungsschein zu begünstigten

Konditionen vermieten. Das Programm soll sowohl Neubauten als auch Bestandswohnungen umfassen. Das Land Hessen stellt einen Gemeinwohndfond auf, aus dem Vermietende in Gebieten mit angespannter Wohnsituation Zuschüsse als Ausgleich der Mindereinnahmen erhalten.

Begründung: Über 60% der bestehenden Mietwohnungen in Deutschland gehören nicht-professionellen Privatvermietenden und Eigentümer*ingemeinschaften, welche i.d.R. nur wenige Wohnungen besitzen. Diese Wohnungen stehen mangels geeigneter Fördermöglichkeiten nicht für Mietende mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung. Ohne die Mietwohnungen im nicht-professionellen Privatbesitz können kurz- und mittelfristig die Bedarfe an geförderten/ bezahlbaren Wohnungen nicht gedeckt werden. Geförderter Wohnraum aus dem Privatbesitz trägt auch zu einer besseren sozialen Durchmischung bei. Der Gemeinwohndfond des Landes ist erforderlich, solange es auf Bundesebene keine Regelung zur wirkungsvollen Steuerbefreiung (Einkommenssteuer) für Gemeinwohlvermietung gibt.

Wir bringen das Konzept “Quartier der kurzen Wege” voran.

Konkret: Wir wollen in der Bauplanung erreichen, dass alle Anliegen des täglichen Bedarfs tendenziell fußläufig erreichbar sind. Zudem wollen wir soziale Begegnungsstätten stärker finanziell unterstützen und, dass marginalisierte Gruppen (z.B. MMB, Ältere, Kinder, etc.) bei der Bauplanung immer mitgedacht werden.

Begründung: Eine gute Quartier- oder Stadtplanung, in der partizipativ die Bedürfnisse aller Altersgruppen und sozialen Schichten berücksichtigt werden, kann zur Bildung einer starken Gemeinschaft, Förderung der Solidarität und durch das Einsparen des Individualverkehrs auch zum Klimaschutz beitragen.

Best Practice: Beispiele hierfür können die Superblocks in Barcelona auf großer Ebene sein, die sich in ihrem Aufbau an klassischen funktionierenden ländlichen Kleinstädten orientieren.

Volt will die Innenstädte grüner gestalten.

Konkret: Wir wollen wieder mehr Grünfläche in den Innenstädten erreichen. Hierfür greifen wir auch gerne auf innovative Konzepte, wie Fassaden- und Dachbegrünung oder Patenschaften für kleine öffentliche Grünflächen zurück. Darüber hinaus sollen auch Flächen entsiegelt werden (zum Beispiel Einkaufsparkplätze mit Rasengittersteine versehen).

Begründung: Neben Ästhetik und ihrer positiven Wirkung auf das psychische Wohlbefinden legen aktuelle Studien (z.B. vom UBA) auch nahe, dass Stadtbegrünung mit zunehmendem Klimawandel für ein angenehmes und gesundes Stadtklima immer wichtiger wird.

Best practice: Ein gutes Beispiel für eine nachträgliche Stadt Begrünung ist der Sankt Kjelds Platz in Kopenhagen oder der Rückbau der Stadtautobahn in Utrecht.

Wir setzen uns für mehr Nachverdichtung ein.

Konkret: Wir wollen Nachverdichtung (mittels Aufstockungen) erreichen, z.B. durch Bebauung von einstöckigen Gewerbebauten hin zu Mischgebäude (Gewerbe & Wohnen).

Begründung: Dadurch können bereits bebaute Flächen effektiver genutzt und gleichzeitig zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Dachflächen sowohl bei gewerblichen als auch bei privaten Neubauten sind zu wertvoll, um diese ungenutzt zu lassen..

Best practice: Potenzial deutschlandweit ist in einer Studie der TU Darmstadt mit dem Pestel Institut von 2019 nachzulesen.

Volt fordert eine Änderung der Bauordnung, welche die Sanierung besser berücksichtigt und die bestehenden Ressourcen besser nutzt.

Konkret: Wir wollen eine Anpassung der Bauordnung erwirken, um den Gebäudebestand klimaneutral bzw. klimapositiv umzubauen. Sowohl bei Neubauten als auch bei Bestandsgebäuden ist beim Materialeinsatz und der Bauweise auf eine Reparaturfreundlichkeit und ressourcenoptimierte Bauweise zu achten. Außerdem setzen wir uns für mehr Bauen in der Substanz und Sanierung vor Abriss und Neubau ein.

Begründung: Das Erreichen von Klimaneutralität setzt auch bei der Gebäudesanierung an. Für das Einhalten der 1,5°-Grenze ist es laut einer Studie des Wuppertal Instituts essentiell, dass der gesamte Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral wird.

Überwiegend wird auf Abriss statt Sanierung oder Umbau zurückgegriffen. Hier wird verkannt, dass dies zusätzliche Energie erfordert. Oft werden bei einem Antrag auf Sanierung gegebenenfalls weitere Auflagen auferlegt und die Kosten weiterer Baumaßnahmen können in vielen Fällen nicht sofort vom Bauherr*innen getragen werden. Beides führt dazu, dass die Sanierung beziehungsweise der Umbau unterbleibt, bis der Abriss die einzige Lösung ist.

Best Practice: Vorschläge für eine Muster(um)bauordnung haben die Architects for Future Deutschland e. V. für klimaneutrales bzw. klimapositives Bauen erarbeitet.

Gesundheit

Ohne Gesundheit ist jede Politik wenig wert. Wir wollen, dass jeder Zugang zu Leistungen hat, die er oder sie zu einem guten und gesunden Leben braucht.

Seit Jahren verschlechtert sich die Situation der Pflegebedürftigen, pflegende Angehörigen und des Gesundheitsfachpersonals, zusätzlich steigt die Zahl der Notrufe.

Volt will den Versuch eines Ausgleichs wagen: Das Angebot wird schneller, hochwertiger und breiter. Währenddessen wird die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen weniger belastend, moderner und nachvollziehbarer.

Wir fordern eine zentrale Koordinierungsstelle für Heimplätze und private Pflegeangebote.

Konkret: Es soll in Zukunft eine hessische, grenzübergreifende Vermittlungsstelle geben, bei der freie Heimplätze sowie weitere Pflegeangebote gemeldet und durch die Informationen an Bedürftige und Angehörige gezielt weitergeleitet werden.

Begründung: Die Betroffenen sind meist überfordert mit der Suche nach einer passenden Pflegeinstitution. Zur fehlenden Übersicht, wo freie Plätze verfügbar sind, kommt ein Mangel an diesen.

Best Practice: Seit 2012 werden freiwerdende Plätze in Kindertagesstätten in Leipzig durch ein städtisches Amt zentral und priorisiert vergeben. Dieses System lässt sich aus unserer Sicht leicht auf Pflegeeinrichtungen übertragen und auf Selbstständige – auch im nahen EU-Ausland – erweitern.

Wir wollen pflegende Kinder und Jugendliche besser schützen und pflegebedürftigen jungen Menschen ein besseres Angebot machen.

Konkret:

Wir fordern einerseits den Schutz von pflegenden Kindern/ Jugendlichen, welche ihre Eltern/ Geschwister/ Großeltern oder weitere Angehörige (mit-)versorgen.

Andererseits fordern wir die Anpassung von Vorgaben und Formularen an die Bedürfnisse pflegebedürftiger Jugendlicher wie z.B. Beratungen nach §37.3 zur

Pflegebedürftigkeit und die Beibehaltung von bestehenden, gut laufenden Therapien, die es dem Kind/ Jugendlichen ermöglichen, den Alltag zu bewältigen. Dies gilt auch bei sich einstellender Besserung, wenn davon auszugehen ist, dass sich diese bei Ausbleiben wieder verschlechtern.

Begründung: Kinder und Jugendliche gehen in der Thematik "Pflege" häufig unter, sowohl als pflegebedürftige Person mit besonderem Förder- und Therapiebedarf, als auch als pflegende Angehörige mit besonderen Anforderungen in ihrem Alltag neben der Schule oder Ausbildung.

Volt setzt sich für den Ausbau des Pflege-Studienganges und die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

Konkret: Der deutsche Wissenschaftsrat fordert eine Quote von 20% an studierten Pflegekräften. Dieser Forderung schließen wir uns an.

Begründung: Um eine qualifizierte, unabhängige und selbstständige Weiterentwicklung der Profession Pflege zu ermöglichen, werden pflegewissenschaftliche Studiengänge benötigt. Ebenso dienen sie der internationalen Vergleichbarkeit. Hier können Aufbauqualifikationen und Anerkennungen ausländischer Fachkräfte anknüpfen. Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, dass eine ausschließliche Weiterentwicklung der bestehenden beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten nicht ausreicht.

Best Practice: Pflege als Studiengang gibt es bereits in den Niederlanden. In Deutschland ist dies noch nicht flächendeckend der Fall.

Wir streben den Direktzugang zu Heilmittelerbringenden und den stärkeren Einsatz von VERAH an.

Konkret: Patient*innen sollen ohne Überweisung durch Ärzt*innen Heilmittelerbringende aufsuchen können. Verantwortungsassistent*innen in

Hausarztpraxen (VERAH) sollen flächendeckend etabliert werden.

Begründung: Hausarztpraxen und allgemeine Kliniken sind zunehmend stärker belastet. Hier können weitergebildete Medizinische Fachangestellte (VERAH) entlastend wirken, indem sie den Weisungen des ärztl. Personals entsprechend Tätigkeiten übernehmen. Zusätzlich schont ein Direktzugang zu physiotherapeutischen, logopädischen, ergotherapeutischen und anderen Angeboten - also ohne vorherige ärztliche Verordnung - die knappen Ressourcen in Kliniken und Arztpraxen. Die Wartezeiten werden verkürzt und das Gesundheitssystem wird finanziell und personell entlastet.

Volt fordert die flächendeckende Einführung eines Systems zur Alarmierung von mobilen Ersthelfenden.

Konkret: Wir wollen ein System zur Alarmierung von nahem, qualifiziertem Personal aus dem Gesundheitsbereich zur Ersthilfe im Notfall etablieren. Ziel ist es, die fachkundige Durchführung von lebensrettenden Sofortmaßnahmen bis zum Eintreffen des ersten Rettungsmittels solidarisch zu garantieren.

Begründung: Die gesetzliche Hilfsfrist beträgt in Hessen 10 Minuten vom Eingang einer Notfallmeldung bei der zuständigen Zentralen Leitstelle, bis zum Eintreffen eines geeigneten Rettungsmittels am Notfallort. In dieser Zeit bleiben Patient*innen oft unversorgt. Durch die Alarmierung von in der Nähe befindlichen, medizinisch ausgebildeten Personen und die Erhöhung ihrer Anzahl kann diese Frist auf nur wenige Minuten gesenkt werden.

Best Practice: Der Verein Mobile Retter e.V. bietet für Angehörige von Hilfsorganisationen, DLRG, THW, Feuerwehrleute, des Sanitätsdienstes der Bundeswehr sowie für medizinisches Personal, dreistündige Trainings an und integriert diese dann in ein App-gestütztes Alarmierungssystem. Dieses läuft bereits in Wiesbaden und könnte dort als Modell durch staatliche Unterstützung ausgeweitet werden. Hierbei ist es wichtig, eine einheitliche Alarmierungsplattform anzustreben.

Volt will einen besseren Infektionsschutz der Bevölkerung durch transparente Kontrollen des Abwassers und kostenfreie Tests erreichen.

Konkret: Sämtliche Klärwerke in Hessen sollen dazu verpflichtet werden, regelmäßige, wissenschaftlich begleitete Kontrollen in Bezug auf Infektionskrankheiten zuzulassen bzw. im Auftrag selbst durchzuführen sowie die Ergebnisse online zur freien Verfügung zu stellen. Über die Messzeiträume und die zu erfassenden Indikatoren entscheidet das bundesdeutsche Robert-Koch-Institut (RKI). Die Kosten soll - genau wie bei privaten Tests auf Infektionskrankheiten in Hausarztpraxen und Kliniken - das Land Hessen übernehmen.

Begründung: Eine kostenfreie und anonyme Abwasserkontrolle macht eine faktenbasierte Abwägung von Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz möglich. Wir wollen, dass die veröffentlichten Ergebnisse solcher Untersuchungen in Zukunft dazu führen, dass Schutzmaßnahmen frühzeitig, transparent und der Lage angemessen beschlossen werden. Unser Ziel ist es, durch nachvollziehbare Politik sowohl die Gesundheit aller Menschen als auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu schützen.

Best Practice: Die Regierung Münchens, an der Volt beteiligt ist, unterstützt seit Dezember 2022 aktiv finanziell die Kontrolle des städtischen Abwassers auf Infektionskrankheiten. Diese erfolgreiche Praxis soll auch in Hessen eingeführt werden.

Wir fordern mehr Aufklärungsarbeit und Unterstützung für an Long-/Post-Covid und Post-Vac erkrankten Menschen.

Konkret: Wir setzen uns für den Ausbau spezialisierter Ambulanzen und geeigneter Reha-Plätze in ganz Hessen inklusive psychotherapeutischer Unterstützung für Betroffene von Folgeerkrankungen nach COVID-19 und im Zusammenhang mit der

Impfung ein.

Begründung: Die Versorgung der oben genannten konkurriert mit dem alltäglichen Auslastungen der Rehakliniken. Daher benötigt es eine Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zu ärztlicher Hilfe, in zum Beispiel Long-/Post-Covid-Ambulanzen und Reha-Einrichtungen. Viele Erkrankte sind in ihrem Alltag eingeschränkt, können ihrem Beruf nicht mehr nachgehen und haben gleichzeitig keine Aussicht auf wirksame Behandlungen. Um mit diesem Zustand bestmöglich umzugehen, müssen dringend Kapazitäten auch für eine psychotherapeutische Begleitung geschaffen werden und die Symptomaten in die Diagnostik der Behinderungsgrade aufgenommen werden.

Europa

Kapitelintro

Wir leben in einer Zeit, in der große Herausforderungen nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten gelöst werden können. Weder der Klimawandel, noch das soziale Auseinanderleben können von Deutschland - geschweige denn Hessen - alleine aufgehalten werden. Auch die geopolitischen Herausforderungen unserer Zeit können nur durch gemeinsame, europäische Zusammenarbeit effektiv gelöst werden. Aus diesem Grund orientieren wir uns bei allen politischen Fragen immer an unserer Vision einer geeinten, europäischen Republik. Wir sind aber davon überzeugt, dass dieses Projekt nur dann gelingen kann, wenn wir auf allen Ebenen daran arbeiten. Deshalb handeln wir stets nach dem Motto: **Europäisch denken, lokal handeln.**

Für Hessen gehören für uns verstärkte Städte- und Regionalpartnerschaften und ein Austausch vor allem in den Bereichen Bildung und Wirtschaft dazu. Zusätzlich wollen wir auch das Förderprogramm LEADER für den ländlichen Raum in Hessen stärker nutzen.

Auch allgemeine **Europapolitik** kann **für die Region Hessen** positive Auswirkungen haben. Zum Beispiel durch eine leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen europäischer Fachkräfte. Auch die angestrebte Diversifizierung von Lieferketten kann für die Industrie in Hessen eine Chance darstellen. Um gemeinsam die Vorzüge der Europäischen Union zu feiern, setzt sich Volt zu dem für einen neuen gesetzlichen Feiertag am Europatag ein.

Volts weitere **Politik für Europa** ist der Einsatz für eine europaweite Medienkooperation, die den europäischen Austausch und eine gemeinsame Identität fördert. Zuletzt appellieren wir dafür, die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas (vom Frühjahr 2021 bis 2022) umzusetzen. Dieses Format ist wichtig für die weitere aktive Einbindung der Menschen in die Gestaltung Europas.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen tragen wir in Hessen zur Erreichung der Vision einer europäischen Republik bei. Daher sind wir überzeugt, dass Europa Hessen braucht und dass Hessen Europa braucht.

Europäisch denken, lokal handeln

Volt will bestehende Städte- und Regionalpartnerschaften vertiefen und neue Partnerschaften gründen.

Konkret: Volt unterstützt die Neugründung von Städte- und Regionalpartnerschaften mit EU-Beitrittskandidaten, insbesondere mit der Ukraine. Als ein weiteres Mittel, die Partnerschaften zu vertiefen, sehen wir gemeinsame Tickets für den ÖPNV. Mit diesem kann sowohl in der eigenen Region, als auch in der Partnerregion der ÖPNV, aber zum Beispiel auch Kulturtickets, wie das Frankfurter Kultur- und Freizeitticket genutzt werden.

Begründung: Länderübergreifende Partnerschaften tragen zum kulturellen Austausch und zur Schaffung einer gemeinsamen, europäischen Identität bei. Dies wird durch das zum Reisen anregende Partnerregion-Ticket unterstützt. Eine Partnerschaft mit EU-Beitrittskandidaten erleichtert und unterstützt den Beitrittsprozess.

Best Practice: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat im September 2022 die Landesregierung damit beauftragt, die Aufnahme einer Regionalpartnerschaft mit der Ukraine voranzutreiben.

Wir wollen den Europäischen Wirtschaftsaustausch fördern.

Konkret: Volt will innerhalb oder außerhalb bestehender Partnerschaften mit europäischen Städten/Regionen mit ähnlicher Industrie den europäischen Mittelstand vernetzen.

Begründung: Eine solche Partnerschaft kann den Austausch zwischen Startup-Hubs,

Industrie- und Handelskammern und ähnlichen Organisationen fördern und trägt zu einer Stärkung eines europäischen Netzwerks bei. Ebenfalls möglich ist dabei das Entstehen von Gründerzentren, die in beratender Funktion Start-Ups und KMUs europaweit zur Seite stehen.

Volt setzt sich für eine stärkere Nutzung des europäischen Programms zur Förderung des ländlichen Raums (LEADER) ein.

Konkret: Trotz fast flächendeckender Nutzung des LEADER Programms ist es in der Bevölkerung bisher wenig bekannt. LEADER ist ein methodischer Ansatz für die Regionalentwicklung, der es den Menschen in ländlichen Räumen ermöglicht, ihre Region gemeinsam weiterzuentwickeln. Dabei können konkrete Vorhaben durch das LEADER-Budget finanziert werden, welches von einer lokalen Arbeitsgruppe (LAG) verwaltet wird. Eine effizientere Nutzung des Programms soll durch Erfahrungsaustausch der teilnehmenden Regionen, auch auf europäischer Ebene, gefördert werden.

Begründung: Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie die EU-Gelder am sinnvollsten eingesetzt werden können. Durch seinen individuellen Ansatz ist das LEADER-Programm eine gute Möglichkeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung.

Best Practice: Durch LEADER wurde der Breitbandausbau in Nordhessen und der Anschluss von 380.000 Haushalten realisiert. Auch kleinere Projekte, wie z.B. der Dorfladen in Schönstadt bei Marburg, wurden dadurch ermöglicht.

Europapolitik für die Region Hessen

Wir wollen es europäischen Fachkräften erleichtern, nach Hessen zu kommen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Konkret: Volt setzt sich für die Schaffung einer Übersicht der verschiedenen Anforderungen an Berufe in den unterschiedlichen Ländern der EU ein, um diese in

die jeweiligen hessischen Bedingungen einfließen lassen zu können. Darüber hinaus will Volt Angebote schaffen, die ggf. fehlende Ausbildungsinhalte zielführend zu ergänzen und fehlende Abschlüsse nachzuholen.

Begründung: Wir möchten harmonisierte Bedingungen im europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, um Menschen in der EU die Aufnahme von qualifizierter Arbeit in allen Ländern zu ermöglichen. Dafür brauchen wir u.a. die Vergleichbarkeit und Anerkennung der heute unterschiedlichen Qualifikationen für die unterschiedlichen Berufe, ohne dabei die Qualität der Ausbildung in einzelnen Ländern zu verringern.

Best practice: Das “MigraNet – IQ (Integration durch Qualifizierung) Netzwerk Bayern” bietet mit den Standorten in Augsburg, München, Nürnberg und Passau eine Vernetzungs- und Informationsplattform für Einwandernde und regionale Unternehmen, ergänzt durch Förderprogramme und transnationale Aktivitäten. Leistungen wie diese gilt es, staatlich deutlich stärker zu unterstützen und auszuweiten.

Volt will die Produktion von systemrelevanten Gütern wieder vermehrt nach Europa und Hessen holen und Lieferketten diversifizieren.

Konkret: Neben der steuernden Wirkung von beispielsweise CO₂ und Transportbepreisung auf europäischer Ebene sollte die Resilienz von Lieferketten gestärkt werden. In Hessen wollen wir schwerpunktmäßig Unternehmen beim Ausbau von umweltfreundlichen Fertigungskapazitäten für wichtige Pharma-, Elektronik- und Energietechnik-Produkte unterstützen.

Begründung: Bei vielen systemrelevanten Gütern (Medikamente, Solarzellen, Halbleiter, Mikrochips, Energieträger, verschiedene Grundstoffe, etc.) sehen wir die starke Abhängigkeit von einzelnen Ländern extrem kritisch. Wir wollen strategisch diversifizieren und dafür zumindest eine Teilversorgung bei all diesen Gütern

innerhalb der EU erreichen. Die gezielte Förderung von Investitionen hierzu soll durch europaweite CO₂- und Transportbepreisung finanziert werden.

Best Practice: Bereits 2019 schlussfolgert eine Studie des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme im Auftrag des Verbands der deutschen Maschinen- und Anlagenhersteller e.V., dass eine Rückkehr der Photovoltaik-Produktion nach Europa und Deutschland möglich ist.

Wir wollen den Europatag als gesetzlichen Feiertag einführen.

Konkret: Der Europatag am 9. Mai soll landesweit und langfristig bundes- sowie europaweit als Feiertag eingeführt und mit diversen grenzübergreifenden Veranstaltungen zum Thema Europa begleitet werden.

Begründung: Ein solcher Tag in Kombination mit europaweiten Veranstaltungen und Festen stärkt das europäische Bewusstsein der Menschen und fördert damit das langfristige Ziel eines geeinten Europas.

Best Practice: In Luxemburg ist der Europatag am 9. Mai seit 2019 ein gesetzlicher Feiertag.

Politik für Europa

Volt fordert die Schaffung einer öffentlichen, grenzübergreifenden, europäischen Medienplattform.

Konkret: Durch die Schaffung einer grenzübergreifenden, europäischen Medienplattform, soll ein gemeinsamer, öffentlich finanzierter Fernseh- und Radiosender entstehen, inkl. einer entsprechenden Mediathek. Vor allem vor dem Hintergrund der nötigen Reformierung der Landesrundfunkanstalten, fordern wir, dass ein europäischer Gedanke in die Reformen eingeht.

Begründung: Eine solche Medienplattform fördert die innereuropäische Kommunikation, sowie ein europäisches Bewusstsein. Außerdem würde sie der zunehmend internationalen Bevölkerung gerecht.

Best Practice: Seit 1992 gibt es den deutsch-französischen Fernsehsender “arte”, der in sechs Sprachen und verschiedensten Formaten über vielfältige Themen informiert, dabei nicht in nationalen Sichtweisen gefangen ist und so einen wertvollen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung leistet.

Wir mahnen die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) an.

Konkret: Wir setzen uns dafür ein, dass die Forderungen der Konferenz zur Zukunft Europas zeitnah umgesetzt und transparent für die Bevölkerung begleitet werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine einzigartige Gelegenheit für die europäische Bevölkerung, um zu diskutieren, welche Zukunft Sie sich für die Europäische Union wünschen – ganz gleich, woher Sie kommen oder was Sie tun. Das Ergebnis sind 49 Vorschläge mit allgemeinen Zielen und über 300 konkrete Ideen für die europäische Politik.

Begründung: Die Konferenz zur Zukunft Europas hat vom Frühjahr 2021 bis 2022 unter Beteiligung von 50.000 Teilnehmenden stattgefunden.

Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission haben sich verpflichtet, den Menschen in Europa Gehör zu verschaffen und deren Empfehlungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu berücksichtigen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die erarbeiteten Vorschläge nicht umgesetzt werden - hier fordern wir, dass Hessen und Deutschland politischen Druck für die Verwirklichung aufbauen.